

CDUinform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Die Chemie stimmt

Neues schwarz-grünes Bündnis im Kreistag

Stetig steigende Flüchtlingszahlen

Wolfgang Bosbach über die
Herausforderung der
Flüchtlingsaufnahme

Ich sehe den Kreis weiter vorne

Interview mit Landrat
Dr. Hermann-Josef
Tebroke



Schnelles Internet für den Kreis

Der Breitbandausbau ist eine
entscheidende Zukunftsfrage für uns!



Markige Sprüche reichen nicht

Rainer Deppe zu NRWs
Innenminister Ralf Jäger



Großveranstaltungen als Chance nutzen

Holger Müller zur
Sportfinanzierung



Parlament prüft Kommissare

Herbert Reul über den Weg
der Kommission ins Amt

www.cdureisen.de

Flüchtlingskatastrophe: Ausschalten hilft nicht!

Jeden Abend kommen die Katastrophen der Welt via Fernsehen für ein paar Minuten in unsere Wohnzimmer: Syrien, Irak, Afghanistan, Pakistan, Nigeria, Kurdistan, Somalia, Mauretanien, Gaza, Sudan, Libyen, Jemen... und dann noch die nicht von Menschenhand ausgelöste, aber bisher nicht zu stoppende Ebola-Seuche in Westafrika.

Zum Jahresende 2013 waren weltweit 51,2 Mio. Menschen auf der Flucht. 6 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Wie viele werden es zum Ende dieses Jahres sein?

Bislang ist nur ein kleiner Bruchteil dieser Menschen in Europa und in Deutschland angekommen. Deutschland hat mit der Zusage für 70.000 syrische Flüchtlinge den mit Abstand größten Anteil übernommen. Wie klein er dennoch im Vergleich zu den Nachbarländern Syriens ist, zeigt ein Blick auf das 4,4-Mio.-Einwohner-Land Libanon. Allein im Zedernstaat haben 1,2 Mio. Flüchtlinge aus Syrien Unterschlupf; in Jordanien sind es 800.000, in der Türkei 2 Millionen.

Allmählich wächst bei Vielen die Gewissheit, dass die globalen Krisen mit dem Ausschalten des Fernsehapparats für uns keineswegs vorbei sind. Die nicht mehr zu übersehenden Flüchtlinge im Straßenbild machen den Menschen zunehmend bewusst, dass die Krisen mittlerweile auch uns betreffen. Da Probleme bekanntlich durch Ignorieren nicht verschwinden, werden wir uns mehr als bisher an Lösungen beteiligen müssen – übrigens auch finanziell.

Dass Fluchtursachen vornehmlich vor Ort beseitigt werden müssen, ist den meisten von uns klar. Auch, dass militärischer Einsatz allein so gut wie nie dauerhaften Frieden schafft. Die ständige, internationale zivile Eingreiftruppe für medizinische Krisensituationen und Naturkatastrophen darf nicht erst nach jahrelangen Verhandlungen begonnen, sondern sie muss jetzt sehr schnell aufgebaut werden.

Auf jeden Fall werden deutlich mehr Flüchtlinge bei uns ankommen. Wie gehen wir mit ihnen um? Sind wir froh, wenn sie in weit entfernt gelegenen, ehemaligen Kasernen aufbewahrt werden? Dass diese Menschen, die mehr Leid durchgemacht haben als die allermeisten von uns, unter Verantwortung der rot-grünen Landesregierung noch nicht einmal ordentlich betreut, sondern einzelne von ihnen sogar misshandelt werden, ist ein nicht entschuldbarer Skandal.

Wir tun gut daran, uns darauf einzustellen, dass diese Menschen nicht nur für ein paar Monate hier überwintern werden. Ob und

wann beispielsweise in Syrien und im Irak ein normales Leben wieder möglich wird, ist überhaupt nicht abzusehen. Ist die richtige Schlussfolgerung, die Flüchtlinge über Jahre in Sammelunterkünften mit Steuergeld rundum (und dennoch nur notdürftig) versorgt der Langeweile mit allen Begleiterscheinungen zu überlassen? Wäre es nicht für alle sinnvoller, diese Menschen möglichst schnell zu integrieren und auf eigene Füße zu stellen?

Sprachunterricht, die schulische Versorgung der Kinder, berufliche Ausbildung, die Überleitung von beruflichen und akademischen Qualifikationen in unsere hiesigen Einstellungs-voraussetzungen und schließlich den Zugang zum Arbeitsmarkt sollten wir zügig ermöglichen. Je früher die Menschen auf eigenen Füßen stehen, desto eher können sie aus den Sammelunterkünften ausziehen, für sich selber sorgen, zur Wertschöpfung in unserem Land beitragen und sind nicht mehr auf die Alimentation des Staates angewiesen. Wenn sie länger, ggf. sogar dauerhaft hier bleiben, wären sie so früher in der Lage, für sich selbst zu sorgen.

Und sollten die Flüchtlinge eines Tages in ihre Heimat zurückkehren, würden positive Erfahrungen ihr Deutschlandbild prägen. Wenn sie die Jahre in Deutschland als Gewinn und nicht als verlorene Zeit empfinden, wird das unser Ansehen und mit Sicherheit auch die wirtschaftlichen Beziehungen fördern.

Viele Menschen engagieren sich unabhängig von gesetzlichen Regeln mit viel Herzblut für die Flüchtlinge, insbesondere für die Kinder. Damit sie nicht ihren Mut und die Energie verlieren, brauchen sie unsere Unterstützung und weitere Aktive.

Papst Franziskus ermuntert uns in seiner Botschaft zum Welttag der Flüchtlinge am 18.01.2015: „Die Kirche ohne Grenzen und Mutter aller verbreitet in der Welt die Kultur der Aufnahme und der Solidarität, der zufolge niemand als unnütz, als fehl am Platze oder als Auszusondernder betrachtet wird.“



Rainer Deppe
ist Kreisvorsitzender der
CDU und Landtagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir sollten froh sein, in einem Deutschland zu leben, wie wir es heute vorfinden. Verglichen mit der Situation vor 25 Jahren leben wir heute in einem stabilen und sicheren Land. Vor 25 Jahren fiel die Mauer – einer der glücklichsten Momente der deutschen Geschichte – verbunden mit gewaltigen Herausforderungen. Die Frage, wie man mit der Wiedervereinigung außen- und innenpolitisch umgehen sollte, war noch nicht gelöst. Die Fragestellungen der wirtschaftlichen Integration der DDR in die Bundesrepublik standen noch vor uns.

Eines kann man mit Stolz sagen: Der Weg bis zum heutigen Tag war nicht einfach, aber wir haben ihn mit Bravur gemeistert. Kein anderes westeuropäisches Land hatte solche Herausforderungen zu bewältigen – und trotzdem stehen wir heute wieder an der Spitze Europas. Leistungen, um die sich die CDU verdient gemacht hat.

Neue Herausforderungen kommen aber auf uns zu. Die ungelösten Fragen nach dem Umgang mit einem radikalen Islam, der völkerwanderungsähnliche Fluchtbewegungen auslöst und das wieder aufgeflamte Phänomen eines expansionistischen Russlands erinnern in ihrer Dramatik an Zeiten vor der deutschen Einheit. Themen, die drängen und uns zeigen, dass wir in Deutschland in einer wohlbehüteten Welt der Ordnung und Sicherheit leben.

Damit dies so bleibt, will auch die CDU im Kreis nach den Kommunalwahlen wichtige Eckpunkte setzen, um Wohlstand, eine gute Infrastruktur und eine dynamische Entwicklung zu gewährleisten. Daher finden Sie in dieser Ausgabe einen Querschnitt aus Berichten um den neu geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen im Kreis, einem wegweisenden Interview mit unserem Landrat und einen Bericht zu dem Zukunftsthema Breitband. Für uns steht fest: wir wollen die Antworten auf die Fragen der Zukunft liefern. Viel Spaß bei der Lektüre!



Uwe Pakendorf
ist Pressesprecher
der Kreis-CDU und
Redaktionsleiter von
CDUinform.

Anzeige

Treffpunkt im Herzen der Stadt



**Bürgerhaus
Bergischer Löwe**

- * Schauspiel & Komödie
- * Operette & Konzert
- * Kindertheater & Musicals
- * Märkte & Messen
- * Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket

Theaterkasse Bergischer Löwe

Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr

Tel: 02202 / 38 999 Fax: 02202 / 294655

theaterkasse@bergischerloewe.de

www.bergischerloewe.de

04 | Inhalt / Impressum Editorial



Titelthema

08 | Zukunftsfrage Breitbandausbau

Uwe Pakendorf

10 | Die Chemie stimmt!

Schwarz-grünes Bündnis im Kreis

12 | Ich sehe den Kreis weit vorne

Landrat Dr. Tebroke im Interview

Kolumne

03 | Flüchtlingskatastrophe

Rainer Deppe

Aktuelles

05 | 25 Jahre Friedliche Revolution

Thomas Frank

News und Namen

06 | Neue stv. Fraktionsvorsitzende

Helga Loepp in der Landschaftsversammlung

06 | Ruhestand

Helga Richter verabschiedet

06 | Meine CDU 2017

Mitmachen im CDUplus-Netz

07 | Kreisparteitag

Alexander Dobrindt zu Gast im Kreis

Kreistag

15 | Bus Odenthal - Dabringhausen

Martin Bosbach

15 | Who is who

Die Sprecher und Ausschussvorsitzenden

Parlamente

16 | Steigende Flüchtlingszahlen

Wolfgang Bosbach

16 | Die neue EU-Kommission

Herbert Reul

17 | Markige Sprüche reichen nicht

Rainer Deppe

17 | Großveranstaltungen nutzen

Holger Müller

Union News

18 | Matthias Kopp am 3. Oktober

Senioren-Union Rhein-Berg

18 | Neuer Bundesvorsitzender

Junge Union

18 | Barrierefrei zur Bahn

Senioren-Union Overath

18 | Antrag beschlossen

Senioren-Union Burscheid

19 | Schloßbesuch

CDA Bergisch Gladbach

19 | Öffentliche Diskussion

CDU Leichlingen zum Stadtpark

19 | Neue Kreisvorsitzende

EAK Rhein-Berg

19 | Wandern und Waffeln

CDU Schildgen

20 | Gesundheitssystem

MIT Rhein-Berg

20 | Soziallasten gerechter verteilen

KPV Rhein-Berg

21 | Rekorderinnahmen beim Grillen

CDU Rösrath

21 | Landtag Sachsen-Anhalt besucht

Senioren-Union Rösrath

21 | Jetzt erst Recht

Wobos Biografie

22 | Farbenspiele im Kreis

Die verschiedenen Kooperationen

22 | Drachenflugfestival

Junge Union Leichlingen

22 | Neuer Vorstand

Junge Union Wermelskirchen

Rubriken

02 | Inhalt / Impressum / Editorial

23 | Termine

IMRESSUM

Herausgeber: Christlich Demokratische Union (CDU) Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24

51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 936950

Telefax: 02202 9369522

E-Mail: redaktion@cduinform.de

Web: www.cduinform.de und www.cdurbk.de

Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.),

Lennart Höring (lh/Layout),

Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)

Weitere Autoren: Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe, Doro Dietsch (dd), Hans-Reinhold Drümmer (hrd), Diego Faßnacht (df), Birgit Fort (bf), Holger Müller, Herbert Reul, Robert Scheuermeyer (rs), Helmut Wagner (hw), Sylvia Wöber-Servaes (sws)

Satz/Layout: Lennart Höring, Uwe Pakendorf

Titelseite: Thinkstockphoto, metakom

Druck/Versand: Heider Druck GmbH, Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach

Anzeigen: Thomas Frank (Ltg.), Inga Gottschalk

Auflage: 5.000 Exemplare

Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss: 01.12.2014

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt **ISSN:** 2193-3960 (Print)



PEFC zertifiziert

Das verwendete Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.

www.pefc.de

Die CDU in sozialen Netzwerken:

[f/cdurbk](https://www.facebook.com/cdurbk) [@cdurbk](https://twitter.com/cdurbk) [YouTube/cdurbk](https://www.youtube.com/cdurbk)

25 Jahre Friedliche Revolution in der DDR

Ja, die DDR war ein Unrechtsstaat!

von Thomas Frank

Am 9. November 1989 war ich gerade einmal 12 Jahre alt. Ich war ein Kind und hatte von Politik und der deutsch-deutschen Geschichte keine Ahnung. Was ich aber beim Fern sehen mit meinen Eltern am 9. November selbst oder bei den Berichten zu Genschers Balkonrede aus der Prager Botschaft sehr wohl wahrnahm, war eine unglaubliche Freude, die alle Menschen in unserem Land – ob nun Bayer, Kölner, Berliner, Sachse oder eben auch Münsterländer wie meine Familie gleichermaßen erfasste. Ein Glück, welches jahrzehntelang unerreichbar schien und von dem sich viele bereits für immer verabschiedet hatten.

25 Jahre nach diesen ereignisreichen Wochen und Tagen verstehe ich dieses Glück natürlich viel besser. Und bei all den Irrungen und Wirrungen, guten und schlechten Tagen, die das vergangene Vierteljahrhundert gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich und persönlich mit sich brachte, wird wahrscheinlich kein vernünftiger Mensch behaupten, dass die friedliche Revolution in der DDR nicht eines, wenn nicht sogar das freudigste Kapitel unserer deutschen Geschichte war. Das beherzte Vorgehen und Nutzen dessen, „was die geschichtliche Stunde [jetzt] möglich“ machte, durch die CDU und ihren Bundeskanzler Helmut Kohl, werden immer Teil unserer Erinnerung sein.

Denn für die CDU war klar: Wer den Glauben an die Wiedervereinigung aufgibt, der widerspricht nicht nur unserem Verfassungsauftrag; vor allem stößt er die von Stacheldraht eingeschlossenen Landsleute zurück, die auch in Frieden und Freiheit leben wollen. Daher hielt die CDU gegen manche Widerstände immer am Streben nach einem wiedervereinigten Deutschland fest.

Wenn wir in diesen Tagen beobachten, dass Funktionäre von SPD und Grünen (vom Bündnis 90 sollte nicht weiter gesprochen werden) sich in Thüringen anschicken, einen Repräsentanten der SED-Nachfolgepartei DIE LINKE zum Ministerpräsidenten wählen zu wollen, könnte man schier verzweifeln. Wenn man aber dann auch noch tatsächlich darüber diskutieren muss, ob die DDR denn ein Unrechtsstaat war oder eben nicht, dann wird aus Verzweiflung Entrüstung und aus Entrüstung Wut.

Was für ein Hohn und wie verletzend muss

Wenn wir in diesen Tagen beobachten, dass Funktionäre von SPD und Grünen sich in Thüringen anschicken, einen Repräsentanten der SED-Nachfolgepartei DIE LINKE zum Ministerpräsidenten wählen zu wollen, könnte man schier verzweifeln.

diese Diskussion für diejenigen unter uns sein, die unter dem DDR-Unrechtsstaat leiden mussten, die wohlmöglich ihre Angehörigen oder Freunde an der Mauer verloren haben? Wie absurd ist es, einen Staat, der seine Bürger mit Mauer und Schießbefehl einsperren und mit der Stasi überwachen, drangsaliieren und inhaftieren lies, nicht als Unrechtsstaat zu bezeichnen? Wie beschämend ist es, dass führende Funktionäre der ehemals stolzen Partei SPD und der Ost-Grünen einzig und allein für eine neue Machtoption auf Bundesebene bereit dazu scheinen, sich mit ehemaligen Stasioffizieren an den Verhandlungs- und später Kabinettstisch in Thüringen zu setzen?

Die Kreispartei hat sich dazu entschieden, den 9. November dieses Jahres mit einer besonderen Veranstaltung zu begehen. Wir freuen uns sehr, dass uns Heidrun Breuer aus

Bergisch Gladbach als Ehrengast zur Verfügung stehen wird und uns von ihren persönlichen Erlebnissen in und mit der DDR berichten wird.

Heidrun Breuer (geb. 1954 in Döbern) ist gelernte Friseurin. Ab 1982 stellte sie wiederholt Ausreisearträge aus der DDR, die stets abgelehnt wurden. Durch die Postkontrolle erfuhr der Staatssicherheitsdienst von geplanten Kontakten der westdeutschen Verwandten zur Fernsehsendung „ZDF-Magazin“. Daraufhin erfolgte im Februar 1984 ihre Verhaftung. Wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ und „mehrfach ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ wurde sie zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Im Rahmen des Häftlingsfreikaufs gelangte sie im Mai 1985 dann in die Bundesrepublik.

Neben aller Freude, die wir zu Recht mit den freudigen Ereignissen des Jahres 1989 verbinden, sollten wir auch und gerade an einem Tag wie dem 9. November die Erinnerung an das Leid und Unrecht wachhalten; wir sollten auch und gerade an einem Tag wie diesem die Dinge beim Namen nennen; und das bedeutet ganz klar zu sagen: Die DDR war ein Unrechtsstaat, welcher die Rechte seiner Bürger mit Füßen trat und die Freiheit und Würde jedes Einzelnen in Frage stellte.

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen: Wenn wir es nicht machen, macht es bald kein anderer mehr!



Thomas Frank
geboren 1977 ist verheiratet und seit 2008 Kreisgeschäftsführer der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis.

Foto: www.bilderccu.de

Loepp stv. Fraktionsvorsitzende



Foto: Manfred Esser

Die CDU-Fraktion beim Landschaftsverband Rheinland hat zum ersten Mal Helga Loepp als stellvertretende Vorsitzende in den Fraktionsvorstand der CDU beim LVR gewählt. Am 27.08.2014 konstituierte sich die Fraktion, die mit 47 Parlamentariern die stärkste Fraktion im sogenannten „Rheinischen Rat“ stellt. 35 von 44 CDU-Mitgliedern gaben der Industriekauffrau aus Wermelskirchen ihre Stimme. Der Landschaftsverband Rheinland ist der Höhere Kommunalverband der rheinischen Städte und Kreise. Helga Loepp ist dort Vertreterin des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Christdemokratin bedankte sich für den „großen Vertrauensbeweis“. Sie freue sich über die große Geschlossenheit der Fraktion. Dazu Loepp: „Das zeigt unseren Willen, gemeinsam christdemokratische Politik beim LVR für die Menschen in der Obhut des LVR zu gestalten.“ (tf)



Schnelle Infos von der CDU?

Online mitmachen und gewinnen* auf: <https://www.cdu.de/bitte-mail-dich>

Oder lokale email an info@cdubrk.de oder anrufen: 02202 936950

* Die CDU Deutschlands verlost Gästetickets zum Bundesparteitag 2014 in Köln!

Wohlverdienter Ruhestand... mit Unterbrechungen!



Foto: privat

Nach über 22 Jahren treuer Dienste für den CDU-Reiseverein ist im Oktober Helga Richter offiziell in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet worden. Im Kreise langjähriger Wegbegleiter, Reiseleiter und Vertretern von Partnerunternehmen dankte der CDU-Kreisvorsitzende Rainer Deppe Frau Richter mit sehr persönlichen Worten. Er hatte Frau Richter damals zum Reiseverein geholt und offensichtlich den „richtigen Riecher“ bewiesen. Der Vereinsvorsitzende Thomas Frank, der täglich mit Frau Richter zusammenarbeitete, bedankte sich im Namen der

Kolleginnen und Kollegen des CDU-Centers sowie des Vereinsvorstandes bei der Jubilarin. Hans Seufert, der im September seinen 90. Geburtstag feierte, war es vorbehalten, Frau Richter im Namen aller Reiseleiter für die Zusammenarbeit zu danken. Übrigens: Helga Richter bleibt dem Verein und den Kundinnen und Kunden erhalten: zweimal in der Woche, dienstags- und freitagsvormittags, ist sie unter den bekannten Kontaktdaten weiterhin die Ansprechpartnerin im CDU-Center, wenn es um die Themen Fernweh und Reisen geht. (tf)

Meine CDU - Meine Meinung!

„Die CDU ist die einzige Volkspartei der Mitte – und will es auch bleiben. Unsere Gesellschaft verändert sich und damit auch die Anforderungen an die CDU. Das wissen auch die CDU-Mitglieder vor Ort nur zu gut“, erklärt CDU-Generalsekretär Peter Tauber den Grund für die neue Kommission „Meine CDU 2017“. Expertenwissen aus der gesamten Partei ist gefragt und wird über das Mitgliedernetz CDUplus gesammelt: Wie wird die CDU auch künftig als Volkspartei bestehen? Welche Vorschläge hat die Basis, damit die Partei auch weiter organisatorisch und kampagnenfähig ist?

Im CDUplus-Netz können alle Mitglieder die Ideen anderer Parteilmitglieder diskutieren und ihre eigenen Vorschläge zu sechs Themenfeldern einbringen:

1. Was meine CDU und mich verbindet.
2. Was ich in meiner CDU bewegen kann.
3. Was meine CDU mir bietet.
4. Wie meine CDU aufgestellt ist.

5. Wie meine CDU Mitglieder gewinnt und fördert.

6. Wie meine CDU Menschen begegnet.

Neben der Teilnahme im Internet auf www.cduplus.de ist auch eine Beteiligung per E-Mail an meinecdu@cdu.de möglich.

Unser nordrhein-westfälischer CDU-Landesverband hat dazu eine begleitende Kommission aus jeweils einem Vertreter der

54 Kreise und kreisfreien Städte gebildet, die im November erstmals tagen wird, um die Bundeskommission aus NRW-Sicht zu begleiten und die Ergebnisse aus und in die Kreise zu tragen. Für uns wird Kreisvorstandsmitglied Lennart Höring daran teil-

nehmen und in der nächsten CDUinform darüber berichten.

Die Ergebnisse der Kampagne und Kommission „Meine CDU 2017“ sollen auf dem Bundesparteitag Ende 2015 beschlossen werden. (lh)





Fotos: Ludwig Eckker

Bundesminister Dobrindt sprach zur Digitalen Agenda

Arbeitsparteitag mit vielen Ergebnissen

Der 64. Kreisparteitag der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis wurde in diesem Jahr zur inhaltlichen Arbeit und Positionierung genutzt. Neben den turnusgemäßen Wahlen der Bundesparteitagsdelegierten (*Wolfgang Bosbach, Thomas Frank, Vera Müller, Lennart Höring*) sowie der Landesparteitagsdelegierten (*Rainer Deppe, Elke Lehnert, Holger Müller, Thomas Frank, Lennart Höring, Doro Dietsch, Heike Lehmann, Herbert Reul und Uwe Pakendorf*) diskutierten die Teilnehmer schwerpunktmäßig über die Strategie der Kreispartei beim Breitbandausbau im Rheinisch-Bergischen Kreis. Als Hauptredner hatte man den zuständigen Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, den CSU-Freund Alexander Dobrindt MdB gewinnen können. Dieser lobte die Initiative der Kreis-CDU für ihr Engagement bei diesem Thema: „Wir haben hier nur die Wahl zwischen Stagnationsland und Innovationsland“, so der Minister. Der Wohlstand

sei nur von Dauer, „wenn die Daten schnell fließen“. Bei ihm in Bayern würden 500 Millionen Euro pro Jahr in den Breitbandausbau investiert; in NRW sind „es gerade mal sieben Millionen.“ Zum Thema verabschiedete der Parteitag das siebenseitige Papier des Kreisvorstands mit dem Titel „Breitbandoffensive ist Kernaufgabe im Kreis“, welcher in dieser Ausgabe ab der folgenden Seite näher beleuchtet wird. Weitere Beschlüsse fasste der Parteitag zu Anträgen der MIT („Steuerbremse muss kommen!“), der JU („Mobilität für unsere Generation sichern und ausbauen“) sowie der Senioren Union Burscheid („Koordination der Bereitschaftsdienste von Ärzten und Apothekern“). (tf)

Alle Ergebnisse und Beschlüsse des Parteitags können Sie auf der Homepage zum Parteitag nochmals nachlesen:

<http://kreisparteitag.cdu-rhein-berg.de>



Kreisvorstandsmitglied Pakendorf moderierte die Diskussion mit Alexander Dobrindt.



Der stellv. Kreisvorsitzende, Bürgermeister Lutz Urbach, bedankte sich bei Alexander Dobrindt mit einem Bergischen Kalender für das kommende Jahr.

Anzeige

Behnke Königsmann

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte

Sehr geehrte Leser der CDU Inform,

wir sind eine überregional tätige Sozietät von 7 Berufsträgern (Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer). Seit unserer Gründung im Jahre 1945 betreuen wir einen vielschichtigen Mandantenstamm aus Handwerkern, Kaufleuten, Freiberuflern sowie größeren mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Dabei stehen wir unseren Mandanten neben den regelmäßigen Dienstleistungen, wie Finanz-, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, den jährlich zu erstellenden Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsberatung auch bei wichtigen Entscheidungen oder besonderen Beratungsanlässen mit unserem umfassenden Fachwissen zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihnen bei entsprechenden Beratungsanlässen oder für die regelmäßige Bearbeitung auf den oben genannten Gebieten behilflich sein könnten.

Sie erreichen uns hier:

Bgm.-Schmidt-Str. 5, 51399 Burscheid
Tel.: 02174 / 766-0 • Fax: 02174 / 766-115
E-Mail: office@behnke-koenigsmann.de

Homepage: www.behnke-koenigsmann.de



Breitbandausbau – eine entscheidende Zukunftsfrage

von Uwe Pakendorf

Alle Welt redet vom schnellen Internet, von der total vernetzten Produktion und davon, dass wir bald immer und überall online sein können. Jugendliche freuen sich, wenn Sie online mit ihren Alterskollegen die neuesten Computerspiele „zocken“ können, Studenten, wenn sie für ihre Bachelorarbeiten schnellen Zugriff auf die online-Bibliotheken haben und der selbständige Architekt, wenn er Zeichnungs-Daten mit Kunden austauschen und von seinem Büro wie auch von Zuhause Zugriff auf seine gesamten Daten in Form von „Cloud-Anwendungen“ haben kann. Das klingt alles prima. Wird aber nichts, wenn nicht zügig das Internet so ausgebaut wird, dass all die Daten darin Platz haben, die wir hin- und herschicken.

10-prozentiger Breitband-Ausbau steigert das BIP um bis zu 1,5 Prozent

Alt-Bundespräsident Horst Köhler hat den wirtschaftlichen Wettbewerb zutreffend mit einem Fahrradrennen verglichen: „Wer Tempo verliert, fällt erst zurück, und am Ende fällt er um.“ Ein zutreffendes Zitat auch für die Entwicklung beim schnellen Internet. Denn nur die Regionen werden zukünftig im nationalen und internationalen Wettbewerb Bestand haben können, die eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur vorweisen können. Die Weltbank

hat in einer Studie festgestellt, dass eine Steigerung der schnellen Anschlüsse an das Internet um 10 Prozent in einer Region das Wirtschaftswachstum vor Ort um 1,5 Prozent steigen lässt.

Folgerichtig beschreibt die Bundesregierung in der Digitalen Agenda 2014-2017 die dringende Notwendigkeit von flächendeckend verfügbaren, leistungsstarken Breitbandnetzen mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s. So soll eine Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung, für die zukunftsfähige Bildung aller und für einen zeitgemäßen Zugang zu Informationen gewährleistet werden. Ambitioniertes Ziel der Bundesregierung ist es, mit Hilfe von Förderprogrammen bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Grundversorgung von 50 Mbit/s zu erreichen.

Erst 58,2 Prozent der Haushalte im Kreis können Bandbreiten von über 50 Mbit/s abrufen

In der Praxis ist man deutschlandweit von diesem Ziel allerdings noch weit entfernt. Im Rheinisch-Bergischen Kreis haben laut einem TÜV-Rheinland-Gutachten der Bundesregierung 58,2 Prozent der Haushalte einen Anschluss von über 50 Mbit/s an das Internet. Allerdings wird in diesem Gutachten nur von der grundsätzlichen Verfügbarkeit ausgegangen – egal, ob die Übertragungsgeschwindigkeit an dem Wohn- und Arbeitsort per DSL-Anschluss oder per

Funkübertragung (Handynetz) erreicht wird. Die konkrete Zahl von DSL-Anschlüssen im Kreisgebiet, die über eine Bandbreite von über 50 Mbit/s verfügen, wird logischer Weise niedriger liegen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass nicht einmal die Hälfte aller Haushalte im Kreis über einen entsprechenden Anschluss verfügen.

In anderen Regionen, wie beispielsweise der Stadt Köln, haben bereits über 95 Prozent der Haushalte entsprechend schnelle Anschlüsse. International gesehen liegen die baltischen Staaten und auch die meisten fernostasiatischen Volkswirtschaften im Bereich der Breitbandversorgung mit Abdeckungsquoten von über 75 Prozent weit vor Deutschland. Somit besteht bereits aktuell die Gefahr, dass der ländliche Raum und damit auch unser Kreis bei der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt wird.

Mangelnde Breitband-Erschließung beschleunigt Landflucht

Aber nicht nur das wirtschaftliche Wachstum leidet unter dieser Entwicklung. Auch die Immobilienpreise hängen heutzutage direkt von der Verfügbarkeit schnellen Internets ab. In weiten Teilen profitiert die Attraktivität des Kreises derzeit noch von einer guten Verkehrsanbindung an die Städte der Rheinschiene, von guten Bildungsangeboten vor Ort und von einer intakten Landschaft. Daher ist aktuell die Nachfrage nach Wohnraum in den meisten Kommunen noch höher als das Angebot und die Preise steigen entsprechend. In einer Stadt wie Rösrath, die trotz ihrer hohen Siedlungsdichte weit über 50 Prozent der Haushalte nicht an Bandbreiten über 50 Mbit/s und in vielen Stadtteilen noch nicht einmal 6 Mbit/s angeschlossen hat, wird sich schon bald die Nachfragesituation rapide ändern, wenn benachbarte Kommunen beim Ausbau schneller voran schreiten.

Die Stadt Burscheid hat im Kreis bereits ihre Hausaufgaben muster-gültig erledigt. Seit zwei Jahren konnte in einer Kooperation mit dem Netzbetreiber Netcologne im Zuge der Erschließung der Bauarbeiten an dem Fahrradweg auf der Balkantrasse, der quer durch das Stadtgebiet führt, fast die gesamte Stadt an das Hochgeschwindigkeits-Internet angeschlossen werden – eine Maßnahme, die ohne die enge Verzahnung mit Politik und Verwaltung nicht möglich gewesen wäre.

Dieses Beispiel zeigt, dass eine Beschleunigung des Glasfasernetz-Ausbaus immer dann möglich ist, wenn es den Telekommunikations-Unternehmen ermöglicht wird, ihre Kosten für die Tiefbauarbeiten bei der Verlegung von Glasfaserkabeln zu reduzieren. In Burscheid ist man zudem den pragmatischen Weg gegangen, neben der Nutzung der Balkantrasse für die Verlegung von Glasfaserkabeln auch das Kanalnetz zur Verfügung zu stellen.

NRW stellt keine Fördermittel für den Kreis zur Verfügung

Leider wird man sich im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht auf eine Unterstützung durch das Land NRW verlassen können. Auch wenn Brüssel bereits entsprechende Fördermittel bereitgestellt hat, ist man derzeit in NRW von einer ernsthaften Förderkulisse noch meilenweit entfernt. Ganze 7 Mio. Euro für NRW stellt die Landesregierung pro Jahr zur Verfügung – ein schlechter Scherz, vergleicht man dies mit den Zahlen des Freistaates Bayern. Die bayerische Landesregierung hat jüngst einen Förderplan gemeinsam mit der Europäischen Union vorgelegt, in dem bis 2017 jeweils 500 Mio. Euro Fördersumme den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. In Düsseldorf erkennt man die Wichtigkeit der Breitband-Entwicklung scheinbar gar nicht. Anders sind gleichzeitige Prioritätensetzungen wie die Förderung des Sozialtickets mit 30 Mio. Euro jährlich bei desolater Haushaltslage nicht zu erklären.

Mitte Oktober teilte das NRW-Wirtschaftsministerium in einer Veranstaltung mit dem Rheinisch-Bergischen, Oberbergischen und Rhein-Sieg-Kreis mit, dass für den Rheinisch-Bergischen Kreis keine

Fördermittel für den Breitbandausbau bereitgestellt werden können. Dass derzeit im Kreis bereits eine Erschließung von zehn Gewerbegebieten in einem Musterprojekt mit Fördermitteln des Landes NRW aufgestockt durch Finanzmittel der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW) erfolgt, erwies sich nicht als vorteilhaft. Damit seien die Fördermöglichkeiten für den Kreis ausgeschöpft, hieß es seitens des Ministeriums.

CDU beschließt Doppelstrategie zum Breitbandausbau im Kreis

Konkret bedeutet dies, dass der Rheinisch-Bergische Kreis in den nächsten Jahren auf sich selbst gestellt ist. Auf eine entsprechende Förderkulisse des Landes NRW zu warten, stellt für die CDU Rheinisch-Bergischer Kreis allerdings keine Option dar. Die Gefahr, im Wettbewerb mit anderen Regionen in dem Zeitraum abgehängt zu werden, ist zu groß. Daher hat die CDU auf ihrem Kreisparteitag am 22. Oktober 2014 einen Antrag zum Thema Breitbandoffensive für den Kreis vorgelegt, der von den Mitgliedern einstimmig beschlossen wurde (weiterer Bericht unter „News und Namen“). In dem siebenseitigen Antrag wird eine Doppelstrategie vorgestellt, mit der kurzfristig bis zum Jahr 2018 eine weitgehend flächendeckende Grundversorgung von 50 Mbit/s erzielt und parallel dazu langfristig ein flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes voran getrieben werden soll.

In dem ersten Strategieansatz, welcher der Digitalen Agenda der Bundesregierung folgt, soll der Kreis gemeinsam mit den Telekommunikationsunternehmen und den Kommunen pragmatische Lösungsmöglichkeiten erarbeiten, um das Breitbandangebot im Kreisgebiet auszubauen. Dabei werden alle Technologieträger (Glasfaserausbau, VDSL, LTA-Advance, Funknetze und CDTV) in die Betrachtung mit einbezogen. Nur in Kombination aller verfügbaren Übertragungstechnologien wird bis zum Jahr 2018 eine annähernd flächendeckende Bereitstellung von Bandbreiten über 50 Mbit/s möglich sein.

Masterplan für den Ausbau der Glasfasernetze im Kreis

Der zweite auch über den Kreis koordinierte Strategieansatz umfasst einen Masterplan für den Breitbandausbau. Bereits jetzt ist absehbar, dass in naher Zukunft Übertragungsleistungen von 50 Mbit/s für viele technologische Anwendungen nicht mehr ausreichen. Schritt halten wird man nur mit einem Ausbau der Glasfaserleitungen im gesamten Kreisgebiet. Dabei strebt die CDU ein Konzept an, in dem sukzessive die Glasfasernetze in mehreren Schritten bis zum Endkunden ausgebaut werden sollen. In Kooperation mit den Kommunen soll ein entsprechendes Leerrohrkonzept ausgearbeitet werden. Ziel ist es, auf Kreisebene eine Datensammlung darüber aufzustellen, wo bereits Leerrohre im Kreis verlegt wurden, welche anderen Trassen (beispielsweise Kanäle oder Hochspannungsleitungen) mitgenutzt werden können und in welchen Abschnitten Tiefbaumaßnahmen in den nächsten Jahren geplant werden, um Synergien mit einer gleichzeitigen Leerrohrverlegung zu erreichen. Die Daten sollen dann in einem Geoinformationssystem öffentlich zugänglich sein. Beispiele, wie aktuell die Erschließung der ländlichen Gemeinde Windeck mit schnellem Internet, haben gezeigt, dass vorhandene Leerrohre einen Glasfaserausbau erheblich beschleunigen.

Zudem soll die Kreisverwaltung gemeinsam mit den Kommunen und der RBW ein Netzwerk bilden, um Investoren zu finden und zu versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Fördermittel zu akquirieren. Ziel ist es, dem Kreis bei der wirtschaftlichen Entwicklung und Gewinnung der klügsten Köpfe an der Spitze des Landes NRW zu halten. Die vorgelegte Doppelstrategie der CDU wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Chemie stimmt!

Neues Bündnis im Kreistag – CDU und Grüne beschließen Koalitionsvertrag

von Uwe Pakendorf

Jeder Wahltag stellt aus Sicht der handelnden Politiker eine Gleichung mit vielen Unbekannten dar. Man hat eine Ahnung davon, wie die Wahl ausgehen könnte, Planungssicherheit hat man erst, wenn die Stimmen ausgezählt sind. Auch die Kreistagswahl am 25. Mai 2014 war ein solcher Wahltag, von dem man im Vorfeld nicht sagen konnte, ob die bestehende Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP fortgesetzt werden konnte – die Befürchtungen waren allerdings schon seit dem Wahlergebnis der Bundestagswahl groß, dass es auch auf Kreisebene in Zukunft nicht mehr reichen würde.

Keine Mehrheit mehr für CDU und FDP!

Und so kam es dann auch. Jede Partei marschierte im Wahlkampf getrennt – mit drei Prozent Stimmenzuwachs konnte die CDU im Kreistag ein herausragend gutes Wahlergebnis erreichen. Über fünf Prozent Verlust für die FDP waren jedoch zu viel. Gemeinsam reichte es nicht mehr für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit. Für eine verlässliche zwei-Parteien-Koalition blieben also nur zwei Optionen übrig: die große Koalition oder die schwarz-grüne Koalition. Nach kurzen, aber eindeutigen Sondierungsverhandlungen war schnell klar, dass die für die Parteien und den Kreis erfolgversprechenderen Verhandlungen nur mit Bündnis 90/Die Grünen fortzusetzen waren.

So schnell die Sondierungsgespräche beendet wurden, so ausgiebig wurden die Koalitionsverhandlungen geplant. Denn eines war von Beginn der Verhandlungen an klar: Am Ende des Prozesses sollte ein tragfähiger

und inhaltlich umfassender Koalitionsvertrag stehen, der genügend Potential und ausgewogene Themensetzungen für eine Wahlperiode von sechs Jahren bietet. Eine große Herausforderung, wie beide Verhandlungspartner zu Beginn der Verhandlungen stets betonten. Denn eine Zusammenarbeit von CDU und Grünen auf Kreisebene war für alle Beteiligten Neuland.

CDU und Grünen führten gründliche Koalitionsverhandlungen

Besetzt wurde die Verhandlungsrunde seitens der Grünen durch die Fraktionsvorsitzenden Ursula Ehren und Roland Rickes. Die CDU entsandte aus der Partei- und Fraktionsspitze Rainer Deppe MdL, Holger Müller MdL, Johannes Dünner und Uwe Pakendorf. In fünf Verhandlungsrunden wurden zwei Monate lang ausgiebig alle Politikfelder einer politischen Zusammenarbeit im Kreistag diskutiert – ein Prozess, der nicht nur die Inhalte der gemeinsamen Zusammenarbeit geschärft, sondern vor allem Vertrauen unter den Verhandlungspartnern aufgebaut hat. Nicht umsonst bezeichnete Fraktionsvorsitzender Holger Müller die neue Zusammenarbeit nach den im September abgeschlossenen Verhandlungen mit den Worten: „Die Chemie unter den handelnden Akteuren stimmt. Ich bin mir sicher, dass wir auf Grundlage des Koalitionsvertrages die kommenden sechs Jahre vertrauensvoll zusammenarbeiten werden.“

Zukunftsfähigkeit und solide Finanzen sind Kernthemen

Die Zukunftsfähigkeit des Kreises war für die CDU zentrales Anliegen bei der Verhandlung der inhaltlichen Positionen im Koalitionsvertrag. Dabei steht für beide Koalitionspartner die Erhaltung einer soliden, transparenten und nachhaltigen Haushaltspolitik an erster Stelle. Zudem wird eine Verschuldung des Kreises zu konsumtiven Zwecken klar abgelehnt. Nicht umsonst steht diese Forderung auch in der Reihenfolge der Forderungen im Koalitionsvertrag an erster Stelle.

Ebenfalls haben sich die beiden Partner zur Fortführung des Strategieprozesses RBK2020 und seiner Themen ausgesprochen. Insbesondere stehen die Vernetzung und die Zusammenarbeit mit den Kommunen an oberster Stelle. Kreis-Projekte können nur dann erfolgreich sein, wenn Kommunen und Kreis an einem Strang ziehen. Der Kreis versteht sich in diesem Zusammenhang vor allem als Moderator.

Mobilitätskonzept als herausgehobenes Kreisentwicklungskonzept

Herausgehobenes Kreisentwicklungskonzept stellt für CDU und Grünen die Entwicklung eines umfassenden Mobilitätskonzepts dar. Dieses soll nicht nur für die Mobilität von Menschen im Kreis analysieren und zukunftsweisende Strategien entwickeln, sondern auch die Felder der Mobilität von Dienstleistungen, Gütern und Daten mit einschließen. Im Bereich der Datenmobilität steht für die CDU insbesondere der Ausbau der Breitbandversorgung und der Ausbau von Glasfasernetzen an oberster Priorität (siehe Breitbandinitiative in dieser Ausgabe). Aber auch eine optimale



Carola Eichbaum, Roland Rickes, Ursula Ehren (alle Grüne), Holger Müller, Rainer Deppe und Johannes Dünner (alle CDU) freuen sich über die Vertragsunterzeichnung.

Foto: Pakendorf

Versorgungsstruktur der Menschen vor Ort mit Dienstleistungen, Waren und Arbeitsplätzen sind für das Mobilitätsverhalten der Menschen genauso wichtig wie eine gute Anbindung mit Bussen, Bahnen und funktionsfähigen Straßen.

Wirtschaftsstandort fortentwickeln!

Auch die Fortentwicklung des Kreises als ein Wirtschaftsstandort, der durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt ist, kommt in der Vereinbarung nicht zu kurz. Dabei will man insbesondere die kleinteilige, stark differenzierte und auch durch Handwerksunternehmen geprägte Wirtschaftsstruktur stützen und Entwicklungsperspektiven für die einheimischen Firmen im Kreisgebiet aufzeigen. Ein kreisweites, interkommunales Gewerbe- und Flächenentwicklungskonzept wurde bereits in der vergangenen Wahlperiode in Auftrag gegeben und soll nun umgesetzt werden. Aber auch der lokale Tourismus, der mit dem Bergkonzept 2.0 bereits in die zweite Entwicklungsstufe eingetreten ist, soll weiter gefördert werden.

Stärkung der Infrastruktur zur Attraktivierung des Wohnstandortes

Neben dem Kriterium als zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort soll der Rheinisch-Bergische Kreis ebenfalls als attraktiver Wohnstandort fortentwickelt werden. Dazu sollen in den kommenden Jahren die konzeptionellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Einwohner und auch junge Menschen aus anderen Regionen den Kreis als ein Ort des qualitativ hochwertigen Wohnangebotes erleben. Dazu gilt es, insbesondere die Infrastrukturangebote an das sich wandelnde Nachfrageverhalten der Menschen anzupassen. Gut ausgebaute Infrastrukturangebote, zeitgemäßer Wohnraum und eine an den Bedarfen der Menschen ausgerichtete Bildungslandschaft gehören in diesem Zusammenhang zu wichtigen Rahmenbedingungen. Den Ausbau seniorengerechten Wohnraums soll der Kreis nachfrageorientiert in Zusammenarbeit mit den Kommunen begleiten. Entsprechende Handwerkszeuge sollen ein Quartiersentwicklungskonzept und der weitere nachfrageorientierte Ausbau der Wohnraumberatung sein. Aber auch dem wichtigen Themenbereich der Lärmbekämpfung, der Entwicklung wohnortnaher Modelle zur haus- und fachärztlichen Versorgung und der weiteren Ansiedlung wohnortnaher Arbeitsplätze stehen für Schwarz-Grün an vorderster Stelle.

Schwerpunkt auf Jugend, Familie und Bildung

Um die Attraktivität des Kreises weiterhin auf einem hohen Niveau halten zu können,

müssen die Themenbereiche Jugend, Familie und Bildung weiterhin einen hohen Stellenwert in der Kreispolitik besitzen. Darin sind sich die beiden Partner einig. Hochwertige, bedarfsgerechte und flächendeckende Angebote im Bereich der Betreuungseinrichtungen für vorschulische Kinder gehören zu einem Markenzeichen des Kreises, das in den drei Kommunen des Kreisjugendamtes in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit eigenem Jugendamt weiterentwickelt werden soll. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört zu den Qualitätsmerkmalen, die dem Kreis auch zukünftig Attraktivität verschafft.

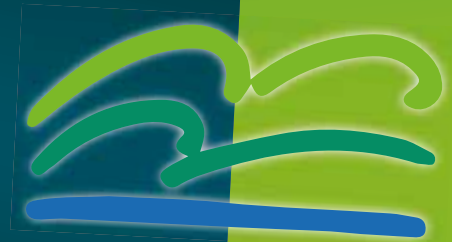
Für beide Partner hat zudem die Fortführung des bereits erfolgreichen Bildungsnetzwerkes hohe Priorität. Neben der Weiterentwicklung von MINT-Angeboten und der Fortentwicklung des Übergangsmanagements von der Schule in den Beruf hat sich die Koalition das Ziel gesetzt, in weiteren Übergangsbereichen wie dem Übergang von der Kita zur Grundschule und dem Übergang von der Schule zum Studium entsprechende Angebotsformen zur Beratung zu entwickeln. Aber auch der Übergang vom Beruf zur nachberuflichen Beschäftigung ist ein wichtiges Arbeitsfeld, dem sich die CDU bereits in der letzten Wahlperiode initiativ gewidmet hat. Ziel ist es, auf dem Bildungssektor weiterhin eine führende Position im Land in der Entwicklung eines umfassenden und modernen Bildungsangebotes zu behalten.

Ordnungspartnerschaften gegen Einbruchsdiebstähle

Neben den zahlreichen konzeptionellen Ansätzen gibt es im Koalitionsvertrag allerdings auch konkrete Absprachen wie die Einrichtung von Blühstreifen entlang der Kreisstraßen und das Ende des Betriebes der Erddeponie Lüderich zum Jahr 2019. Wichtig war der CDU bei der Formulierung des Vertrages ebenfalls der Schwerpunkt auf Themen der inneren Sicherheit. Eine verstärkte Vernetzung der Kreispolizeibehörde mit den Ordnungsämtern der Kommunen in einer Ordnungspartnerschaft ist für beide Partner eine notwendige Bedingung, um zu-

KOALITIONSVERTRAG

für eine sichere, ökologische, leistungsstarke und finanziell tragfähige Zukunft in unserem Kreis



**VERTRAG ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT
VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FÜR DIE 9. WAHLPERIODE DES KREISTAGES
IM RHEINISCH-BERGISCHEN KREIS
2014-2020**



CDU



Den Koalitionsvertrag finden Sie im Volltext und als PDF-Datei auf www.cdurbk.de in der Rubrik „Kreistagsfraktion“. Ein kostenloses gedrucktes Exemplar kann im CDU-Center unter 02202 936950 oder kgs@cdurbk.de bestellt werden.



nehmenden Einbruchsdiebstählen entgegen zu wirken.

Insgesamt, und in der Frage sind sich beide Koalitionspartner einig, stellt das 16-seitige Koalitionswerk einen ausgewogenen Querschnitt durch die Themen der Kreispolitik dar. Insbesondere die Orientierung an Zukunfts- und Entwicklungsthemen ist CDU und Grünen wichtig. Für den Kreisvorsitzenden Rainer Deppe ist daher auch klar: „Wir haben mit dem Papier die Grundlage gelegt, unseren Kreis an der Spitze der Kreise unserer Region zu halten. Eine Koalition aus CDU und Grünen ist sicherlich eine Herausforderung, weil zwei Partner zusammen kommen, die bisher noch nicht so viele Berührungspunkte hatten. Der Koalitionsvertrag legt jedoch einen soliden Grundstein und das gegenseitige Vertrauen ist groß. Einer erfolgreichen Wahlperiode steht also nichts im Weg!“



Die CDU hat die Kommunalwahl auf Kreisebene mit einem Zuwachs von knapp drei Prozent gut gemeistert. Ein schwarz-grüner Koalitionsvertrag hat die Weichen für die inhaltliche Ausrichtung des Kreistages der kommenden sechs Jahre gestellt und die Kreis-CDU rückt das Thema Breitband in den Mittelpunkt der Arbeit – alles Themen, die den Kreis und seine Kommunen intensiv betreffen. Gleichzeitig ist just zu dieser Ausgabe Halbzeit der Wahlperiode des Landrates. Eine gute Gelegenheit, gemeinsam mit unserem Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke Bilanz zu ziehen und einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Ich sehe den Kreis weiter vorne!

Die Fragen stellten Lennart Höring und Uwe Pakendorf.

Drei Jahre Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke hat unser Kreis nun bereits erlebt. Aus der Binnen-Wahrnehmung eines Kreistagsabgeordneten kann man nur sagen, dass einem die Zeit viel länger vorkommt. Gefühlt könnte man auf eine gesamte Wahlperiode von sechs Jahren tippen, was wahrscheinlich an einer sehr starken öffentlichen Präsenz und vielen Inhalten in den letzten drei Jahren liegt. Wie ist Ihre persönliche Wahrnehmung?

Die letzten drei Jahre seit meinem Amtsantritt sind für mich wie im Flug vergangen. Dabei ist Einiges passiert, und über Langeweile kann ich mich wahrlich nicht beklagen: Die Aufgaben als Landrat sind abwechslungsreich und spannend, und man hat viel mit Menschen zu tun. Immer wieder lerne ich Mitbürgerinnen und Mitbürger kennen, die mich beeindruckten – durch ihre Kompetenz, ihre Erfahrung, ihre Kreativität oder ihren Einsatz. Ohne ihr vielfältiges, oftmals stilles ehrenamtliches Engagement ist ein Zusammenleben in den Städten und Gemeinden, Vereinen und Nachbarschaften hier in unserem Kreis gar nicht vorstellbar. Wir schulden diesen Mitmenschen großen Dank!

In der Verwaltung habe ich eine starke Mannschaft, die ihr Geschäft versteht und mit der die Zusammenarbeit Freude macht. Viele Aufgaben sind rechtlich klar vorgegeben und gehören eher zum Tagesgeschäft. Sie werden immer mehr, weil der Gesetzgeber und auch die Rechtsprechung den Verwaltungen immer mehr auftragen. Andere Aufgaben sind weniger klar definiert, haben stärker Projektcharakter und sind für die Entwicklung des Rheinisch-Bergischen Kreises von strategischer Bedeutung.

Welche Projekte sind es, die Sie besonders begeistert haben?

Besonders wichtige Themen sind mir der Schul- und Bildungsstandort Rhein-Berg und die Sicherung der beruflichen Perspektiven für

junge Menschen. Hier leistet unser Bildungsnetzwerk Großartiges. Mit unserem Übergangsmanagement Schule-Beruf sind wir als RBK Referenzkommune des Landes. Da müssen wir dran bleiben!

Eine schöne Aufgabe ist auch die Entwicklung der touristischen Infrastruktur. Ich freue mich, dass es gelungen ist, das „Bergische Wanderland“ ganz entscheidend voranzubringen. Die zahlreichen Wanderwege, vor allem der neue „Bergische Weg“ und die „Streifzüge“ werden von Gästen und vor allem auch von der Bevölkerung im Kreis sehr gut angenommen. Ein Gewinn auch für die Gastronomie! Jetzt geht es darum, diese Strukturen zu sichern. Der nächste Schritt wird der Ausbau und die Vernetzung von Radwegen sein, bevorzugt über alte Bahntrassen und an Flüssen entlang. Viel verspreche ich mir da auch von dem Agger-Sülz-Radweg, für den wir die Entwurfsplanung in Auftrag gegeben haben. Unsere Landschaft und Natur sind einfach wunderbar. Ein echter Vorzug des Standortes RBK!

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die langfristige Sicherstellung eines angemessenen und ausreichenden Gewerbeflächenangebotes – für Unternehmen, die vor Ort wertvolle Arbeitsplätze schaffen und Gewerbesteuern zahlen. In einem neu geschaffenen Arbeitskreis der zuständigen Planer und Wirtschaftsförderer sollen unter der Federführung des Kreises die Gewerbeflächenbedarfe und Entwicklungen in den kreisangehörigen Kommunen abgestimmt werden. Nur so können wir vor dem Hintergrund der für unseren ländlichen Raum sehr restriktiven Landesentwicklungsplanung Handlungsspielräume sichern. Aus dieser interkommunalen Zusammenarbeit ist auch die Förderung eines dringend nötigen Breitbandausbaus von Gewerbegebieten möglich geworden; die Bauarbeiten laufen gerade.

Apropos Breitband, die CDU hat einen entsprechenden Leit-antrag zum flächendeckenden Ausbau des schnellen Inter-

nets auf ihrem Kreisparteitag beschlossen. Im nächsten Schritt wird sich der Kreistag mit diesem Thema beschäftigen. Welchen Stellenwert hat das Thema für Sie?

In der „neuen digitalen Welt“, in der Zugang zu Informationen und die Möglichkeit des schnellen Austausches von riesigen Datenmengen nicht nur für Produktion und Handel, für Schule, Wissenschaft und Forschung, sondern auch für den privaten Lebensbereich nicht mehr wegzudenken sind, ist der Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur, also Datenautobahnen, von entscheidender Bedeutung. Schon heute gilt: Ohne ausreichenden Breitbandanschluss sind Gewerbe- und Siedlungsgebiete nicht wirklich erschlossen. Wir müssen immer häufiger feststellen, dass Unternehmen und Privathaushalte sich bei ihrer Standortentscheidung – auch wenn die Bedingungen im Übrigen sehr attraktiv sind – gegen den RBK entscheiden, wenn vor Ort die Breitbandversorgung nicht ausreicht.

Laut Expertenmeinung steckt im Ausbau des Glasfasernetzes die Zukunft. Haben wir in den ländlichen Teilen unseres Kreises überhaupt eine realistische Chance entsprechende Ausbaupläne in einem vertretbaren Zeithorizont voran zu treiben?

Nach der Förderrichtlinien der Landesregierung ist der RBK flächendeckend versorgt – aber nur, wenn man eine Übertragungsrate von 2 Mbit/s zugrunde legt. Das ist beinahe lächerlich. Ein solches Versorgungsniveau ist schon aus heutiger Sicht völlig unzureichend, geschweige denn zukunftssicher. Ausreichende Bandbreiten sind nach aktuellen Erkenntnissen nur mit Glasfasertechnologie zu erreichen, wie sie in weiten Teilen der Welt längst Standard ist.

Was die Breitbandversorgung angeht, ist der ländliche Raum besonders benachteiligt. Hier ist aufgrund der vergleichsweise dünnen Besiedlung und geringen Nutzerdichte der Netzausbau für die Telekommunikationsunternehmen in der Regel unwirtschaftlich und ohne (öffentliche) Zuschüsse nicht zu realisieren. Immerhin hat die Bundesregierung ein neues Versorgungsziel von immerhin 50 Mbit flächendeckend bis 2018 ausgerufen. Aber das ist angesichts der rasanten Entwicklung auch zu kurz gesprungen. Und mit der Zielvorgabe allein ist der nötige Ausbau des Glasfasernetzes noch nicht finanziert. Aus kommunalen Mitteln allein lassen sich diese Investitionen nicht darstellen. Eine zügige Bereitstellung von (EU- und Landes-) Fördermitteln und eine Vereinfachung der Vergabeverfahren sind dringend geboten. Die Zeit läuft uns davon. Ich kann von daher den Leitantrag des letzten CDU-Kreisparteitages nur unterstützen: mit allen Mitteln einen flächendeckenden Glasfasernetzausbau vorantreiben und wo dies nicht sofort



möglich ist, mit Brückentechnologien wie LTE wenigstens auf mittlere Sicht Abhilfe schaffen. Eine echte Herausforderung, die wir nur mit Kreativität, großer Anstrengung, Ausdauer und gemeinsam mit den Kommunen, Unternehmen und – in vielen Fällen auch – bürgerschaftlicher Initiative bewältigen können.

Zum Thema Herausforderungen: Die Spitzen von CDU und Grünen haben den beschlossenen Koalitionsvertrag als eine Herausforderung bezeichnet. Scherzhaft gesagt: Als Landrat haben Sie die gemeinsam beschlossenen Inhalte als zukünftige Anträge im Kreistag an die Verwaltung auszubaden. Was sagt Ihr Bauchgefühl für die kommende Kreistags-Wahlperiode?

Im Koalitionsvertrag haben beide Parteien deutlich gemacht, gemeinsam Verantwortung übernehmen zu wollen. Das schließt die Bereitschaft zu Kompromissen mit ein, ohne dadurch Grundüberzeugungen zur Disposition zu stellen. Letzteres wäre Betrug am Wähler, kann ich aus dem Koalitionsvertrag aber auch nicht erkennen. Die CDU bleibt sich treu! Ganz wichtig erscheint mir, dass der Vertrag unmissverständlich eine Fortsetzung der Politik festschreibt, die im RBK seit Jahrzehnten von der CDU erfolgreich bestimmt wird. Das bedeutet Kontinuität, Gestaltungswillen und Verantwortungsbewusstsein für die nachfolgende Generation. Insofern bin ich sehr zuversichtlich. Unterm Strich: Schwarz-Grün im RBK kann gelingen. Ich habe jedenfalls insgesamt ein gutes Gefühl.

Bei vielen größeren Kreisprojekten kommt es auf ein gedeihliches Miteinander mit den Kommunen an. Eine gute Zusammenarbeit scheint für Sie ein zentrales Thema Ihrer Amtsführung zu sein.

Ich sehe Kreis und kreisangehörige Kommunen in einem Boot. Dem Kreis geht es nicht gut, wenn es den Kommunen nicht gut geht, und umgekehrt. Und den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis geht es nicht besser, wenn Kreis und Kommunen um Geld und Kompetenzen streiten und sich mit sich selbst beschäftigen – so unterhaltsam dies gelegentlich sein mag und in der Presseberichterstattung entsprechend aufgegriffen wird. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten meines Erachtens zu Recht, dass die anstehenden Aufgaben möglichst bürgernah und effizient erledigt werden, von wem auch immer.

Dabei sind die Aufgaben in unserem Kreis schwierig genug. Landesweit ist die finanzielle Situation der Kommunen katastrophal. Trotz allgemein günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wie der deutschlandweit niedrigen Arbeitslosenquote, hohem Steueraufkommen und niedrigen Zinsen gelingt keine Besserung. Im Gegenteil.



Und das Land schaut zu. Das aktuelle Gemeindefinanzierungsgesetz ist völlig unzulänglich. Die Masse ist völlig unzureichend, der Verteilungsmechanismus viel zu kompliziert, intransparent und vor allem ungerecht. Von der Landesregierung selbst bestimmte Gutachter haben unsere seit langem vorgetragene Kritik in weiten Teilen bestätigt. Aber die Landesregierung schert sich nicht darum: Sie hält an einer Verteilung zugunsten der Städte und zu Lasten des ländlichen Raums fest! Hinzu kommen – auch vom Land – immer neue Aufgaben und höhere Standards mit höheren Kosten, die vom Verursacher nicht gedeckt werden.

Allein hieraus wird deutlich, dass die kommunale Familie gemeinsame Interessen zu vertreten hat. Das gilt landesweit, aber auch auf Kreisebene. Der RBK steht in einem Reputationsverbund: Was an einer Stelle einer Kommune im Kreis gelingt und überregional bekannt wird, gereicht dem ganzen Kreis zur Ehre und erhöht seine Attraktivität; entsprechend wirken schlechte Schlagzeilen negativ auf das Image des Kreises. Und nicht zuletzt sind die Kommunen im Kreis finanziell voneinander abhängig: Jede Steuereinnahme in der einen Kommune bedeutet über die Umlagen und Umverteilungsmechanismen einen Gewinn für alle anderen; und entsprechend entlastet jeder eingesparte Euro in einer Kommune alle anderen.

Das Miteinander in der kommunalen Familie des RBK ist überwiegend gut, könnte aber noch besser werden. Wenn uns ein fairer und offener Umgang unter den Kommunen und mit dem Kreis nicht gelingt und wir nicht vertrauensvoll und effizient kooperieren, können wir gleich einpacken. Wir müssen zusammenarbeiten, andernfalls werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht!

Als Landrat haben Sie bereits eigene Akzente gesetzt. Beim geerbten Thema Strategieprozess RBK 2020 haben Sie bei vielen Themen sprichwörtlich aufs Gas getreten. Verraten Sie uns, welche Themen zukünftig auf Ihrer Agenda stehen?

Ich möchte der laufenden Diskussion um unser RBK 2020 plus nicht vorgreifen und nur einige mögliche Themen kurz nennen. Bei alledem ist mir wichtig, dass unsere Beratungen in konkrete Projekte und Maßnahmen münden, die beim Bürger ankommen und wahrgenommen werden und an denen er sich möglichst auch unmittelbar beteiligen kann.

Bildungsstandort: Ich mache mir Sorgen um die Entwicklungen im Bereich der Berufskollegs und Förderschulen. Hier müssen wir uns dringend mit den aktuellen demographischen Entwicklungen und mit den Auswirkungen der Inklusion auf die Nachfrage nach Förderschulplätzen befassen. Mit welcher Strategie stellen wir sicher, dass Inklusion nicht um ihrer selbst durchgezo-



gen wird, sondern tatsächlich zum Vorteil der fördernden Kinder und Jugendlichen erfolgt? Was bedeutet das für die einzelnen Schulstandorte im Kreis und für die einzelnen Schulträger? Ähnlich die Frage zu den Berufskollegs in Wermelskirchen und Bergisch Gladbach? Auch hier werden – wie übrigens auch in Nachbarkreisen und -städten – deutlich sinkende Schülerzahlen prognostiziert. Hinzu kommt nach meiner Wahrnehmung, dass sich die Interessen der Vollzeitschülerinnen und Schüler und vor allem die Erwartungen der Ausbildungsbetriebe deutlich verändern. Angesichts personeller und vor allem finanzieller Engpässe brauchen wir hier eine abgestimmte Strategie, wenn der RBK ein anerkannter (Aus-)Bildungsstandort bleiben soll.

Mobilität: Über die Entwicklung der Infrastruktur haben wir, soweit sie die Breitbandversorgung betrifft, gesprochen. Sie ist Grundlage der „Datenmobilität“. In diesem Zusammenhang müssen wir uns aber klar werden, wie wir die Mobilität der Menschen und Waren im Kreis sicherstellen. Welche Bedürfnisse haben gerade ältere Menschen? Wie kommen unsere jüngeren Mitmenschen heute zur Schule und morgen zur Arbeit? Welche Rolle spielt dabei der ÖPNV, gerade in den weniger dicht besiedelten Gebieten des Kreises? Einzelne Kommunen arbeiten an Mobilitätskonzepten. Aber die Betrachtung muss – wie auch die CDU-Kreistagsfraktion zu Recht fordert – kreisweit, sogar kreisübergreifend erfolgen.

Und nicht zuletzt möchte ich die Familienfreundlichkeit des Kreises thematisieren. Die Familie ist nach wie vor – gerade auch bei jüngeren Menschen – die bevorzugte Form des Zusammenlebens und gilt meines Erachtens zu Recht als Keimzelle der Gesellschaft. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen des Erwerbslebens und des Freizeitverhaltens, aber auch Werthaltungen stark verändert. Familien brauchen darum mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung. Der RBK ist familienfreundlich und soll es auch bleiben. Ich bin überzeugt, dass wir viel dazu beitragen können und damit die Attraktivität des Kreises insgesamt fördern.



Wo sehen Sie unseren Kreis in zehn Jahren? Was ist Ihr Leitbild für die Fortentwicklung unseres Kreises?

Ich sehe den RBK weiterhin vorne. Traditionsbewusst und zugleich unternehmungslustig und innovativ. Stark und erfolgreich, wo die handelnden Personen in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft geschlossen auftreten. Einflussreich und gut vernetzt in der Region. Und im Ergebnis für die Menschen im Kreis attraktiv zum Wohnen und Arbeiten.

Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg bei diesen Herausforderungen! Vielen Dank für dieses Gespräch.

Buslinie zwischen Odenthal und Dabringhausen geht in den Probetrieb

Leicht hat sich die CDU-Fraktion den Beschluss zum Antrag zur Einrichtung einer neuen Buslinie zwischen Dabringhausen und Odenthal nicht gemacht. Der Teufel steckt im Detail. Vorhandene Schülerverkehre, auch wenn sie bisher durch die Gemeinde Odenthal finanziell unterstützt werden, in eine Buslinie zu integrieren, führt zwangsläufig zu der Frage, ob es sich bei der Buslinie um einen sogenannten Schülerspezialverkehr handelt oder ob hier eine Linienführung im Sinne des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorliegt. Zumindest wurde diese Frage seitens der Opposition thematisiert. Schülerspezialverkehre werden im Kreis durch die Kommunen betrieben und nicht durch den Kreis.

Für CDU und Grüne war letztendlich ausschlaggebend, dass bei der Linienführung ein

Lückenschluss im Liniennetz zwischen dem Nord- und Südkreis geschlossen werden soll – zumindest für eine Probezeit von zwei Jahren mit genauen Fahrgastzählungen. Bisher gibt es insbesondere zwischen Wermelskirchen und der Kreisstadt Bergisch Gladbach keine durchgehende Linienverbindung. Der von CDU und Grünen eingebrachte Vorschlag schließt genau diese Lücke, indem an Wochentagen fünfmal ein Bus zwischen den Ortsteilen pendeln soll.

Entscheidend wird sein, ob die Linienverbindung auch von ausreichend Fahrgästen genutzt wird. Ein Grundsatzbeschluss des Kreistages hat zum Inhalt, dass keine Buslinien unterhalten werden sollen, die im Durchschnitt weniger als drei Fahrgäste pro Fahrt transportiert. Der Schülerverkehr zwischen Dabringhausen und dem Gymnasium in Odenthal wird voraus-

sichtlich eine Grundfrequenz zu Schulzeiten mit sich bringen. Die Gemeinde Odenthal hat ebenfalls angekündigt, die bereits aufgewendeten Mittel für den Schülertransport in die Buslinie zu integrieren.

Der erste Bus wird voraussichtlich zum Fahrplanwechsel im Winter bereits eingerichtet werden. Damit wird zum ersten Mal in der Geschichte des Rheinisch-Bergischen Kreises eine Busverbindung zwischen dem Nord- und Südkreis eingerichtet.



Martin Bosbach
ist Kreistagsabgeordneter
für Wermelskirchen und Odenthal
und stellvertretender
CDU-Kreisvorsitzender

Foto: privat

Die Ausschussvorsitzenden und Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion

Der Kreistag und die CDU-Fraktion haben mit den ersten drei Kreistagssitzungen von Juni bis September alle Positionen in den Ausschüssen und Gremien besetzt. Der CDU-Fraktion fielen sechs Ausschussvorsitze zu. Inhaltlich hat die Fraktion für die Ausschüsse ein bis zwei themenbasierte Sprecher benannt. Hier finden Sie die Namen zu den entsprechenden Positionen, die gleichzeitig auch Ansprechpartner für die unterschiedlichen Themenbereiche sind.

Ausschuss für Personal, Organisation und Gleichstellung



Vorsitzende
Gisela Knapp
☎ 02207 1822



Sprecher
Wolfgang Büscher
☎ 02193 2914

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur



Vorsitzender
Thorsten Schmalt
☎ 02196 973717



Sprecherin
Elvi Reudenbach
☎ 02202 59945

Jugendhilfeausschuss



Vorsitzender
Johannes Dünner
☎ 02202 709851



Sprecherin
Erika Gewehr
☎ 02174 60776

Zukunftsausschuss



Vorsitzender
Uwe Pakendorf
☎ 0170 5423965



Sprecherin
Erika Gewehr
☎ 02174 60776

Rechnungsprüfungsausschuss



Vorsitzender
Eduard Wolf
☎ 02206 7927



Sprecher
Maurice Winter
☎ 02175 730218

Ausschuss für Verkehr und Bauen



Vorsitzender
Wilmund Opladen
☎ 02204 53689



Sprecher Verkehr
Christopher Schiefer
☎ 02175 8847800



Sprecher Bauen
Martin Bosbach
☎ 02193 2914



Finanzen und Beteiligungen

Sprecher
Eduard Wolf
☎ 02206 7927

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit



Sprecherin A&S
Sylvia Wöber-Servaes
☎ 02204 66016



Sprecher
Gesundheit
Ulrich Heutz
☎ 02204 22444

Ausschuss für Umwelt und Planung



Sprecher Umwelt
Rainer Deppe
☎ 02202 9369550



Sprecherin Planung
Vera Müller
☎ 02207 5656

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
Verantwortlich: Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender
Redaktion: Johannes Dünner, Stv. Fraktionsvorsitzender
Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach
Telefon 02202-13 2328, Fax 02202-13 2244, cdu@rbk-online.de



Stetig steigende Flüchtlingszahlen – und jetzt?

Deutschlands Städte und Landkreise stehen vor größten Herausforderungen: Sie stehen in der Pflicht, einen immer größer werdenden Zustrom an Flüchtlingen unterzubringen und zu versorgen. Der Bundesinnenminister rechnet in diesem Jahr mit ca. 200.000 Asylbewerbern. Im vergangenen Jahr waren es „nur“ rund 130.000. Behält Thomas de Maizière mit seiner Prognose recht, wird sich die Zahl in den letzten vier Jahren glatt vervierfachen haben.

Die Welt scheint momentan aus den Fugen zu geraten: Wir haben den Konflikt zwischen Israel und Palästina, zwischen Russland und der Ukraine, in Syrien und im Irak. Keine Frage: Deutschland muss seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und politisch Verfolgten den verfassungsrechtlich garantierten Schutz bieten, sobald sie unser Land erreicht haben. Das ist nicht nur eine Pflicht, die im Grundgesetz oder der Genfer Flüchtlingskonvention verankert ist, dies ergibt sich auch aus dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.

Was uns allerdings belastet: Viele Menschen berufen sich auf das Asylrecht, die tatsächlich nicht politisch verfolgt sind und aus Ländern kommen, in denen Verfolgungssituationen nicht bestehen. Von Januar bis August 2014 sind rund 25.000 Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina nach

Deutschland gekommen; im gleichen Zeitraum haben etwa 20.000 Syrer einen Asylantrag bei uns gestellt. Die Anerkennungsquote der Flüchtlinge aus dem Westbalkan liegt allerdings unter 0,3 %, diejenige der Syrer praktisch bei 100 %.

Deshalb sind wir froh, dass das von Thomas de Maizière initiierte Gesetz zur Einstufung dreier Balkanstaaten als sichere Herkunftstaaten (Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) vor kurzem auch den Bundesrat passiert hat. Der Weg ist nun frei für eine wichtige Entlastung der Städte und Landkreise: Zukünftig wird vermutet, dass Menschen aus den drei genannten Staaten nicht politisch verfolgt werden. Auf diese Weise werden entsprechende Asylverfahren beschleunigt; die Länder müssen dann allerdings auch ihrer Verantwortung der schnellen Abschiebung gerecht werden.

Das allein reicht jedoch nicht aus. Damit generell über Asylanträge schneller entschieden werden kann, wollen wir das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell stärken. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn müssen wir entschlossen Schleuserbanden bekämpfen. Und nicht zuletzt müssen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlingsströme innerhalb Europas einsetzen. Deutschland und Schweden nehmen in etwa so viele Flüchtlinge auf



Wolfgang Bosbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

wie alle anderen 26 EU-Staaten gemeinsam. Daran muss sich etwas ändern.

Dass unsere Kommunen langsam, aber sicher an die Grenzen ihrer Belastbarkeit kommen, ist eine schlichte Tatsache und hat mit Ausländerfeindlichkeit nicht das Geringste zu tun. Wir können nicht jedes Problem dieser Erde auf dem Rücken der Bundesrepublik Deutschland lösen. Das sollten wir beachten und auch entsprechend handeln.

Wolfgang Bosbach MdB

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach

Tel: 02202-9369530, Fax: 932700

E-Mail: wolfgang.bosbach@

wk.bundestag.de

www.wobo.de



Der Weg der designierten Kommissare ins Amt – Künftige Kommission im EU-Parlament

Nach der Europawahl erfolgte die Neubesetzung der Europäischen Kommission. Jean-Claude Juncker will das Nebeneinander von 27 Kommissaren mit 27 verschiedenen Aufgaben beenden. Deshalb sein Vorschlag, mit sieben Vizepräsidenten die anderen 20 spezifischen Ressorts zu koordinieren. Mehr Effektivität, weniger Initiativen, eindeutig

politische Schwerpunktsetzung sollen erreicht werden. Die sieben Vizepräsidenten sind zuständig für: Bessere Rechtssetzung, Energie-Union, Digitaler Binnenmarkt, Haushalt und Personal, Arbeit und Wachstum, Euro und Sozialer Dialog sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

Im September und Oktober haben wir im Parlament die 27 von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kandidaten im Hearing geprüft.

Hier hat das Europäische Parlament übrigens mehr Einfluss auf die Kommission als der Bundestag auf die Auswahl der Minister.

Die nächste Kommission hat viele starke politische Kommissare und weniger Technokraten. Wir von der EVP stellen 14 Mitglieder und das Profil ist stark auf Wirtschaft, Wachstum, Innovation, Haushaltsstabilität und weniger auf Regulierung ausgerichtet. Das ist eine Chance! Natürlich gibt es auch schwache Kandidaten, die slowenische Kandidatin ist durchgefallen und wurde durch einen neuen Vorschlag ersetzt. Es war ein Fehler, diese

Nachnominierung so übereilt durchzuführen.

Für die Anhörung der neuen Kandidatin hätte ich mir mehr Zeit gewünscht. Die Aufgaben der Kommissare sind umfassend. Wir müssen sicherstellen, für diese Ämter Europas beste Leute zu bekommen.

Deutschland hat mit Günther Oettinger einen starken Vorschlag für ein politisch vielseitiges Zukunftsressort – die Digitale Agenda. Die Frage, wie wir zukünftig leben und arbeiten werden und in welchem Maße wir hier die digitale Entwicklung nutzen können, ist für alle, ob einfache Internetnutzer, Unternehmen, die Industrie oder Datenschützer mehr als wichtig.



Herbert Reul MdEP ist seit 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Herbert Reul MdEP

Europa-Büro

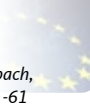
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,

Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61

E-Mail: h.reul@herbert-reul.de

www.herbert-reul.de

f /HerbertReul



Markige Sprüche reichen nicht

Alle paar Monate inszeniert sich NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit einem 24-Stunden-Blitzmarathon und bindet damit Polizeikräfte, die an anderer Stelle fehlen. Allein bei der letzten Aktion im September waren 3.500 Polizeibeamte im Einsatz. Vergeudung von Arbeitszeit war dazu noch einer der harmlosen Vorwürfe.

Wenn es aber um die Sicherheit bei Großereignissen geht, sind nicht genug Beamte vor Ort. Die politische Vorgabe des Innenministers, nicht nur in den Stadien, sondern auch im Umfeld weniger Polizisten einzusetzen, mussten bei den jüngsten Ausschreitungen am Bahnhof Gelsenkirchen 12 Polizeibeamte mit Verletzungen bezahlen.

Die Reaktion des Innenministers, er bedauere, dass nicht alle Fans die Chance zur verantwortungsbewussten Selbstregulierung genutzt hätten und dass er auch künftig mehr Eigenverantwortung von Fans und Vereinen fordere, müssen die verletzten Beamten wie bitteren Spott empfinden. Die Gewerkschaft der Polizei, die das Konzept von Anfang als verfehlt eingestuft hatte, sieht ihre Befürchtungen bestätigt: „Die Leidtragenden dieser Strategie sind die friedlichen Fußballfans und die Familien mit Kindern, die keiner mehr schützen kann, wenn es zur Gewalt kommt.“

Vollends versagt hat der Innenminister beim Skandal um die Misshandlungen von Asylbe-

werbern. Bereits am 22. August 2014 war das Innenministerium von der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein offiziell unterrichtet worden, dass in der Flüchtlingseinrichtung in Burbach ein ‚Separationsraum‘ betrieben werde, der bei Besuchen als Friseursalon deklariert wurde. Zudem wurde schon damals in dem Polizeibericht auf fachliche Mängel des Sicherheitsdienstes hingewiesen. Als der Skandal dann publik wurde, gab Innenminister Jäger den Unwissenden.

Die Presse bringt es auf den Punkt: „Die Zustände in den NRW-Flüchtlingsheimen waren skandalös - die Verantwortung trägt die Regierung Kraft. Innenminister Jäger muss sich vorhalten lassen, die Missstände durch mangelndes Hinschauen riskiert zu haben. Obwohl mehrfach gewarnt und trotz einer bereits im Dezember 2013 vorliegenden Handlungsempfehlung für Flüchtlingsheime, hat NRW nichts getan.“ (Westfalenpost, 10.10.2014)

Statt die politische Verantwortung für eklatante Menschenrechtsverletzungen in seinem Zuständigkeitsbereich zu übernehmen, beschäftigt er sich und die Öffentlichkeit mit der eigenen Verteidigung und Rechtfertigung. Und für die Verletzten am Gelsenkirchener Bahnhof versuchte er im zuständigen Innenausschuss, die Verantwortung auf den Polizeiführer vor Ort abzuschieben.



Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW.

Als Oppositionspolitiker war Jäger stets der Erste, politische Verantwortung und den Rücktritt von Ministern einzufordern. Die Ministerpräsidentin muss sich fragen, ob Minister Jäger noch die Anforderungen erfüllt, die sie an ihren Innenminister stellt.

Rainer Deppe MdL

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-884-2340, Fax -3227

E-Mail: rainer@deppe-direkt.de

www.deppe-direkt.de

[/rainer.deppe.mdl](https://www.facebook.com/rainer.deppe.mdl)

[@rainer.deppe.mdl](https://www.instagram.com/rainer.deppe.mdl)



Unterfinanzierung des Sports endlich lösen - Großveranstaltungen als Chance nutzen!

Große Sportveranstaltungen, wie Olympische und Paralympische Spiele, Fußball-Welt- und Europameisterschaften bieten Chancen, den Sanierungsstau bei Sportstätten in Höhe von 42 Mrd. Euro endlich aufzulösen. Das war das Fazit beim letzten Treffen

der Sportpolitischen Sprecher von CDU und CSU in Kiel.

Die Sportpolitischen Sprecher der CDU-Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen haben sich im Rahmen der zweiten Sprechertagung im Kieler Landeshaus mit dem dramatisch zunehmenden Verfall der deutschen Sportstätten, mit einer notwendigen Sportentwicklungsplanung und mit der Unterfinanzierung des organisierten Sports befasst.

Die Sportexperten der Länder begrüßen das Vorhaben des DOSB und des DFB, sich für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele sowie für die Fußball-Europameisterschaft zu bewerben. Vor dem Hintergrund eines enormen Sanierungsbedarfs bei Sportstätten von ca. 35 Milliarden Euro in den Kommunen und weiteren sieben Milliarden Euro bei den vereinseigenen Sportanlagen fordern die Landespolitiker auch den Bund auf, in ein Sanierungsprogramm für Sportstätten zu investieren. Eine Wie-

derauflage eines solchen „Goldenen Plans“ der Sportstätten-Sanierung, dem sich Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam mit dem organisierten Sport zur Aufgabe machen sollen, muss schnell aufgelegt werden, waren alle einig.

Die zweite Sportpolitische Sprechertagung war ein voller Erfolg. Der länderübergreifende Austausch lohnt sich, um gemeinsam das Beste für den Sport zu erreichen und wird nun jährlich fortgesetzt.



Holger Müller ist seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath.

Holger Müller MdL

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368

Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de

www.klartext-mueller.de

[/Holger.Mueller.MdL](https://www.facebook.com/Holger.Mueller.MdL)

[@klartextmueller](https://www.instagram.com/klartextmueller)



Preuß kämpft für Overather Bahnübergang

Einen Erfolg für alle Nutzer des Overather Bahnhofs kann die dortige Senioren-Union um ihren Vorsitzenden Rudolf Preuß für sich verbuchen: Der Rat beschloß einstimmig, „alles menschenmögliche“ zu tun, um einen ebenerdigen Bahnübergang auch während der Umbauphase des Bahnhofs herzustellen. Preuß hatte dieses Ziel in einem Bürgerantrag formuliert, da nicht nur ältere Menschen mit Einschränkungen und Eltern mit Kinderwagen erhebliche Schwierigkeiten haben, das Provisorium mit zwei mal 42 Stufen ohne jegliche Hilfe zu meistern. Während an anderen Orten mit „Drängelgittern“ oder „Beschränkungen“ gearbeitet werden kann, so argumentierte Preuß, soll das in Overath nicht möglich sein. Hier waren seiner Meinung nach schon in der Planungsphase Fehler gemacht worden, die man so nicht hinnehmen könne.

Dass der Rat seinen Bürgerantrag nun einstimmig angenommen hat, freut ihn und macht ihn auch ein wenig stolz. Jetzt liegt es an der Stadt und der Deutschen Bahn, eine vernünftige Lösung zu finden, um während der gut zweijährigen Bauzeit einen möglichst barrierefreien Übergang hinzubekommen.

Schließlich sollen möglichst viele Menschen die Regionalbahn nach Köln nutzen können, um die ohnehin vollen Straßen zu entlasten. Preuß ist sicher, dass eine Lösung machbar ist, wenn alle an einem Strang ziehen. (lh)

SEN-Antrag beschlossen

Der 64. Kreisparteitag der CDU Rhein-Berg hat einen Antrag der Senioren Union Burscheid zur Koordinierung von Bereitschaftsdiensten von Ärzten und Apotheken einstimmig angenommen. In diesem Antrag fordert der Vorsitzende Heinz Wilgenbusch, dass Kassenärztliche Vereinigungen und Apothekerverbände dazu verpflichtet werden sollen, die Bereitschaftsdienste von Ärzten und Apotheken in einem engen räumlichen Zusammenhang zu koordinieren. Dr. Hartmut Schepanski führte in der mündlichen Antragsbegründung in der Paffrather Gesamtschule aus, dass es zum Beispiel vorkommt, dass der diensthabende Arzt seine Praxis in Langenfeld habe und nur eine Apotheke in Bergisch Gladbach zeitgleich Notdienst hätte. Der CDU-Kreisverband wird nun Anträge an die Bundes- und Landesebene stellen, um auf eine sinnvolle Lösung im Sinne der Patienten hinzuwirken. (tf)

Matthias Kopp beim Tag der Deutschen Einheit in Bergisch Gladbach



Heinz Wilgenbusch (stv. Vorsitzender), Holger Müller (SEN-Vorsitzender) und Rainer Deppe (CDU-Kreisvorsitzender) konnten Matthias Kopp, (2.v.l.) in Bergisch Gladbach am Tag der Deutschen Einheit begrüßen.

Als einzige Organisation feiert die CDU-Senioren-Union den Tag der Deutschen Einheit im Rheinisch-Bergischen Kreis. In diesem Jahr stand das Thema „Politisches Engagement und kirchliche Öffentlichkeit – was Papst Franziskus uns mit auf den Weg gibt“ auf der Agenda. Im Bergisch Gladbacher Penthouse im Bergischen Löwen konnte Senioren-Union-Vorsitzender Holger Müller MdL nicht nur seinen Landtagskollegen und CDU-Kreispartei-Vorsitzenden Rainer Deppe MdL begrüßen, sondern auch gut 100 Parteifreundinnen und Parteifreunde, die am Feiertag zur Rede von Matthias Kopp, dem Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz gekommen waren. Kopp, der vor seiner Tätigkeit bei der

Deutschen Bischofskonferenz u.a. Pressesprecher des Kölner Weltjugendtags und später Regierungssprecher von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers war, berichtete von einer aufregenden und aufwühlenden Zeit, in der das Image der katholischen Kirche durch die Ereignisse in Limburg stark strapaziert wurde. Gleichwohl erlebte er die Wahl von Papst Franziskus als heilsame Ruhe, der den Dienst am Menschen wieder in den Mittelpunkt der Kirche lenke und somit einen frischen Wind aus Rom in alle Welt entsende.

Beeindruckt von der Rede Kopps dankte Holger Müller im Namen aller Anwesenden dem Gast, der noch am selben Abend nach Rom weitereilte. (lh)

Rhein-Berger JU wählte neuen Bundesvorsitzenden in Inzell

Beim Deutschlandtag der JU im September in Inzell wurde der Sauerländer Paul Ziemiak zum neuen JU-Bundesvorsitzenden gewählt. In einer spannenden Kampfkandidatur setzte sich Ziemiak mit 196:115 gegen den bisherigen stellvertretenden JU-Bundesvorsitzenden Benedikt Pöttering durch. Neben den Wahlen zum Bundesvorstand durfte die JU noch Bundeskanzlerin Angela Merkel und den CSU-Ehrevorsitzenden Edmund Stoiber willkommen heißen. Mit ihnen diskutierten die Delegierten die Themen der Zukunft des Vaterlandes und der Partei. Desweiteren wurden Leitanträge zum ländlichen Raum und zur Landwirtschaft verabschiedet. Die JU Rhein-Berg hatte sich an beiden Papieren beteiligt. Kreisvorsitzender Diego Faßnacht zeigte sich erfreut über die Ergebnisse der Antragsberatung: „Unsere Anträge zu den Themen Extremismus, Islamismus und Patriotismus waren erfolgreich.“

Gerade im Bereich des Islamismus muss endlich eine härtere Gangart gefahren werden.“ Neben Diego Faßnacht nahmen noch Christian Klicki und Vanessa Schupmann am Deutschlandtag der Jungen Union teil. (df)



JU-Chefs unter sich: Kreisvorsitzender Diego Faßnacht mit dem neuen Bundesvorsitzenden Paul Ziemiak.

CDA besichtigt Schloss Strauweiler in Odenthal



Mit einer Gruppe von fast 30 Personen hat die CDA Bergisch Gladbach hinter die Mauern des Schlosses Strauweiler geschaut. Hubertus Prinz zu Sayn-Wittgenstein gab einen Einblick in die Geschichte des Gebäudes und seine Bewohner. Das Interesse an dem Besuch war sehr groß, sodass viele Interessenten auf der Warteliste gelandet sind. Prinz Wittgenstein erklärte sich bereit, im nächsten Jahr einen zusätzlichen Besuchstermin zu vereinbaren. Die Personen der Warteliste werden rechtzeitig hierüber informiert. (sws)

CDU Leichlingen für öffentliche Diskussion bei der Innenstadtbebauung

Die CDU-Fraktion Leichlingen hat einen Antrag auf Bildung eines Sonderausschusses zum Thema Innenstadtentwicklung gestellt. Seit Jahren ist die Bebauung des Areals des heutigen Kaufparks, einer Tankstelle sowie des Neuen Stadtparks mit einem Einkaufszentrum kontrovers in der öffentlichen und politischen Diskussion. In den aktuell vorgestellten Plänen hinzugekommen ist der Neubau des Rathauses. Aus Sicht der CDU-Fraktion müssen diese Themen zwingend öffentlich diskutiert werden.

Entgegen den Wahlversprechungen des neuen Bürgermeisters sowie der übrigen Parteien, haben diese nunmehr in einem zweifelhaften Verfahren einen nicht öffentlich tagenden Arbeitskreis ins Leben gerufen, der dieses für alle Leichlinger so wichtige Thema bearbeiten soll. Dabei wurde insbesondere gegen die Geschäftsordnung des Rates verstoßen, weil ein Ausschuss diesen Arbeitskreis gegründet hat und nicht der Rat. Eine von der CDU-Fraktion geforderte rechtliche Prüfung dieses Vorgangs war nach vier Wochen immer

noch nicht erfolgt.

Stattdessen wird der „informelle Arbeitskreis“ vom SPD-Bürgermeister noch immer wie ein offiziell vom Rat einberufener Arbeitskreis nach außen hin verkauft. Der Bürgermeister lädt in das Rathaus ein, der Investor sowie sein Architekt werden ebenso geladen wie Vertreter des WIV (Wirtschaftsförderungsverein Leichlingen) und der IHK. Die

Presse schreibt sogar von Beschlüssen, die dieser Arbeitskreis getroffen hat.

Hiergegen wehrt sich die CDU-Fraktion Leichlingen und hat beschlossen, an diesem nicht öffentlich tagenden, „informellen Arbeitskreis“, der keinerlei Legiti-

mation besitzt, nicht teilzunehmen. Selbstverständlich ist die CDU bereit, das Thema jederzeit mit den anderen Parteien zu diskutieren, dies muss jedoch öffentlich erfolgen, es muss in einem offiziellen Gremium geschehen, wie etwa dem beantragten Sonderausschuss, es könnte aber genauso gut öffentlich in den entsprechenden Ausschüssen und dem Rat erfolgen. (hw)

Die CDU Leichlingen möchte mit einem höheren Maß an Transparenz und Bürgerbeteiligung alle Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse der Stadt für Sie nachvollziehbar gestalten.

Birgit Fort neue EAK-Vorsitzende

Am 29.09.14 fand die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) statt. Der Vorstand hatte Herrn Dr. Joist, den Gründer und Leiter des Palliativ Teams SAPV Köln, gewinnen können. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden seinem Vortrag über die Voraussetzungen und Durchführung der Spezialisierten Ambulanten Palliativ Ver-



v.l.n.r.: Margarete Iversen, Oliver Wirthmann, Jürgen Lückner, Birgit Fort, Doro Dietsch u. Wolfgang Kohlschmidt

sorgung. Anliegen des EAK-Kreisvorstandes RheinBerg ist eine ebenso effektive Versorgung im Rheinisch-Bergischen Kreis wie von Herrn Dr. Joist vorgestellt.

Die EAK-Bezirksvorsitzende Margarete Iversen dankte dem langjährigem Kreisvorsitzenden Ernst Landgrebe für seinen großen Einsatz über zwei Jahrzehnte für die Belange des EAK. Landgrebe trat aus familiären Gründen nicht mehr zur Wahl an. Als Vorsitzende wurde Birgit Fort, stellvertretende Vorsitzende Margarete Iversen, stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer Jürgen Lückner, Beisitzer Doro Dietsch, Wolfgang Kohlschmidt und Oliver Wirthmann gewählt. (bf)

Wandern & Waffeln



Bei strahlendem Sonnenschein fand die diesjährige Wanderung der CDU Bergisch Gladbach-Schildgen/Katterbach vom Wanderparkplatz Schöllerhof über die Schwarzpulver-Route bis „Maria in der Aue“ und zurück statt. Zum Abschluss gab es leckere Waffeln. (lh)



Mittelstand diskutiert über Gesundheitssystem

Über den verschärften Wettbewerb unter den Krankenkassen und Neuerungen bei den Krankenkassen informierten sich rund 50 Mitglieder der Mittelstandsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis bei der Barmer GEK in Bergisch Gladbach. Denn zum 1.1.2015 wird der einheitliche Beitragssatz von 15,5 % wieder abgeschafft und der Bundeszuschuss vom Gesetzgeber gesenkt. Das heißt, bald werden die Kassen wieder unterschiedliche Beitragssätze erheben. Es gibt Krankenkassen, die haben Überschüsse, und dann Krankenkassen, die haben keine Überschüsse. Dies hängt auch von der Struktur der Versicherten ab. „Unser teuerster Patient hat 2013 Kosten von 800.000 Euro verursacht“, gab Regionalgeschäftsführer Uwe Benn ein beeindruckendes Beispiel. MIT-Mitglied Friedrich Wilhelm Morgner fragte daraufhin, welcher Patient ihm der liebste sei? Nach der Einnahmestruktur sei z.B. der an Diabetes Typ II erkrankte Patient einer der Versicherten der Krankenkassen, für den sie eine höhere Zuweisung erhielten, antwortete Benn. Man kümmere sich aber natürlich um jeden Patienten gleichermaßen. Die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds richten sich nun mal eben nach Alter, Geschlecht und Morbidität.

Um beim Wettkampf mithalten zu können, will die Barmer GEK zukünftig 250 bis 300 Millionen Euro jährlich einsparen. Außerdem sollen von 17.000 aktiven Mitarbeiterstellen bis 2018 insgesamt 3.500 sozialverträglich abgebaut werden. Durch eine Neuorganisation der „Kundenkontaktwege“ sei man dennoch künftig für die Versicherten immer gut zu erreichen, versicherte Benn, der für den Rheinisch-Bergischen Kreis, Oberbergischen Kreis, Rhein-Sieg und Leverkusen zuständig ist. Dafür würden Telefongeschäftsstellen und Onlinegeschäftsstellen, aber auch mobile Kundenberater sorgen, die in Firmen oder



Doro Dietsch bedankte sich bei den MITwirkenden (v.l.): dem Arbeitspsychologen Stefan Brandt, dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Peter Preuß MdL und dem Barmer-Regionaldirektor Uwe Benn

nach Hause kämen. Jeder Versicherte könne die BARMER GEK innerhalb von 20 Minuten erreichen. Er selbst werde nicht in Bergisch Gladbach bleiben, sondern in Zukunft das neue Barmer GEK Fachzentrum für Pflege in Bonn leiten, verriet Benn. Pflege sei ein besonders wichtiges Thema.

„In der Pflege gibt es einen dramatischen Mangel“, bestätigte Peter Preuß, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Gerade erst hatten wir eine Anhörung von Experten im Landtag zu der Frage, ob man die Ausbildung von Altenpflegern und Krankenpflegern zusammen legen kann.“ Auch den verschärften Wettbewerb konnte er bestätigen: „Von den Krankenkassen wird ein Mehr an Leistung erwartet“, so der Landtagsabgeordnete.

„Unser teuerster Patient hat 2013 Kosten von 800.000 € verursacht“

Gesundheitsberaterin Miriam Nolte sorgte mit einigen kleinen Bewegungsübungen dann für eine kurze Pause, nach der man sich auf das zweite wichtige Thema des Abends konzentrierte: Die Zunahme von Burn-out- und Stress-Syndromen. Diplom-Psychologe Stefan Brandt riet dazu, den Job zu „ent-emotionalisieren“. Nicht leicht für Selbstständige oder Unternehmer! Aber je eher die

Burn-out-Gefahr entdeckt wird, desto leichter ist es, entgegenzusteuern. Schon in einer ganz frühen Phase haben Stressgefährdete das Gefühl, nie Zeit zu haben und es fällt ihnen schwer, nach Feierabend abzuschalten. In dieser Phase könne man aber durch Neinsagen, sinnvolles Delegieren und privaten Ausgleich - vor allem sportliche Betätigung - noch gegensteuern, hieß es. (dd)

MIT unterwegs



Doro Dietsch und Martin Dewes vertraten die Rheinberger MIT bei der diesjährigen Landestagung in Ahaus, die bei der Firma Tobit Software zu Gast war. Thema dort war die Schuldenbremse und die Digitalisierung. U.a. gaben Microsoft-Chef Christian P. Ille und CDU-Chef Armin Laschet die Impulse. (lh)

KPV will Soziallasten gerechter verteilen

Bei der KPV-Landesdelegiertenversammlung Ende Oktober in Hamm wurde Oberbürgermeister Thomas Hunstegger-Petermann als Landesvorsitzender wiedergewählt. Außerdem diskutierten die Delegierten, darunter unsere Vertreter Ulrich Heimann und Lennart Höring, auch über verschiedene Anträge. Einer davon kam von der Bergischen KPV, die den Bund und das Land auffordert, die durch Bundes- und Landesgesetze verursachten Soziallasten mindestens hälftig zu übernehmen. Auch fordert die KPV die Wiedereinführung einer Sperrklausel. (lh)



Uli Heimann ist nicht nur stellvertretender Landrat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Als Kreisvorsitzender der KPV sprach er in Hamm auch für den Antrag der Bergischen KPV zur Soziallastenverteilung.

Rekordeinnahmen beim Grillen für den guten Zweck

Die CDU Rösrath hat auf dem Straßen- und Schützenfest in diesem Jahr wieder für einen guten Zweck gegrillt. „Wir sind bereits zu einem festen Bestandteil der Durchführung des Straßen- und Schützenfestes in Rösrath geworden“, ist Parteivorsitzender Uwe Pakendorf stolz auf die Leistungen seines Verbandes. Vera Rilke-Haerst, die in diesem Jahr federführend den Stand betreute, hatte auch die Idee für die Verwendung der Einnahmen aus dem Würstchen-Erlös. Die Diakonie-Michaelshoven betreibt in Stephansheide (in der Wähler Heide) ein pädagogisches Zentrum für Kin-



v.l.n.r. Vera Rilke-Haerst und Dr. Markus Heider übergeben einen Scheck mit einem Zwischenstand der Einnahmen an Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der Kinder- und Familienhilfe Michaelshoven gGmbH

der und Familien. In dem Zentrum ist auch ein Fußballplatz integriert, der in der Stadt Rösrath eine lange Geschichte besitzt, sich allerdings in einem desolaten Zustand befindet.

Entsprechend widmet die CDU Rösrath die Einnahmen der Wiederherstellung des Fußballplatzes – und der Einsatz hat sich gelohnt.

Die CDU Rösrath konnten der Diakonie Michaelshoven bisher noch nie erreichte Einnahmen von insgesamt am Ende dann 914 Euro überreichen. Bei so viel Unterstützung beim Verkauf

des Grillens für einen guten Zweck ist bereits jetzt klar: Fortsetzung folgt. (rs)

WoBo wie er leibt und lebt!

Wer immer schon einmal den Menschen hinter dem Politiker Wolfgang Bosbach kennen lernen wollte, dem sei das Buch „Jetzt erst recht“ von Anna von Bayern empfohlen. Die 37-jährige Politikredakteurin der Bild am Sonntag ist verheiratet und zweifache Mutter und hat Wobo ein Jahr lang begleitet, persönliche und politische Freunde, Weggefährten und seine Familie interviewt und sich ein ganz eigenes Bild des Politikers und auch des Menschen Wolfgang Bosbach gemacht.

Wie kaum ein zweiter spielt Wobo in der ersten politischen Liga, ohne je ein Ministeramt bekleidet zu haben. Wer sich für seinen Lebensweg vom Einzelhandelskaufmann und Supermarktleiter über das Abendstudium, den Neben-Job bei Franz Heinrich Krey und das Jurastudium hin in den Deutschen Bundestag interessiert, wer wissen möchte, wie Familie und Freunde über seinen Umgang mit seiner unheilbaren Krebsdiagnose denken und wer immer schon einmal seinen rheinischen Humor und seine Leidenschaft für den Karneval näher kennenlernen wollte, der sollte die Biografie lesen.



Gut lesbar geschrieben wird schnell klar, wofür Wobo steht, wie er leibt und lebt und warum er sich mit seinem „politischen Schicksal“, nie Minister geworden zu sein, heute gut abfindet, es ihn sogar politisch frei macht für seine persönliche Meinung. Dem Leser wird auch bewusst, dass es Wobo nicht leicht fiel, dreimal (in zwanzig Jahren!) gegen seine eigene Fraktion zu stimmen. Jeder Kommunalpolitiker, der soetwas auch schon einmal erlebt hat, weiß das nachzuvollziehen. Trotzdem blieb und bleibt Wobo seinen Prinzipien treu und gerade das macht den Menschen und den Politiker Wolfgang Bosbach aus. Einen der beliebtesten und geliebtesten Politiker Deutschlands. Unseren Wobo! (lh)

Rösrather Senioren besichtigen Sachsen-Anhalter Landtag



Auf ihrer Studienreise nach Sachsen-Anhalt besuchten die Mitglieder der Senioren-Union Rösrath auch den dortigen Landtag in Magdeburg. Selbstverständlich schauten sich die interessierten Rösrather auch die laufende Sitzung im Plenum des Landtages an. Eine Debatte über eine Parlamentsreform war dort auf der Tagesordnung.

Der Präsident begrüßte die Besucher aus dem Rheinland während dieser Diskussion. Höhepunkt des Besuches war das Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion André Schröder und dem Landesgeschäftsführer der Senioren-Union Ulrich Germer. Thema war die aktuelle politische Situation in Sachsen-Anhalt. (hrd)

Anna von Bayern

Wolfgang Bosbach: Jetzt erst recht!

Die Biografie

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag

224 Seiten, 13,5 x 21,5 cm

16 Seiten Farbbildteil

ISBN: 978-3-453-20055-5

€ 19,99

Heyne Verlag, erschienen 3. März 2014

Nach der Kommunalwahl gibt es verschiedene Kooperationen in den Kommunen

Eines ist sicher, die politische Landschaft ist nach der Kommunalwahl bunter geworden, zumindest was die Zusammenarbeiten in den acht Stadt- und Gemeinderatsfraktionen und dem Kreistag angeht. Kein Bündnis ist zweimal vorhanden.

Während der *Kreistag* nach vielen Wahlperioden der Zusammenarbeit von CDU und FDP (die aber aufgrund der Verluste der FDP nicht mehr möglich ist) nun absolutes Neuland mit einer Koalition von CDU und Grünen betritt, gibt es in *Bergisch Gladbach* die Neuauflage der Kooperation von CDU und SPD, die es zuletzt von 2004 bis 2009 gab. Ein Weg an der CDU vorbei hätte ein (unrealistisches) Bündnis aller anderen Fraktionen von ganz links bis ganz rechts bedeutet. Neben der SPD hätte es auch eine Mehrheit für ein Bündnis mit den Grünen gegeben.

In *Rösrath* hat sich das Jamaika-Bündnis von CDU, Grünen und FDP aus der letzten Wahlperiode gut bewährt und wurde in Rekordtempo erneuert.

In der Nachbarstadt *Overath* gibt es die Möglichkeit einer bisherigen CDU/FDP-Mehrheit, die derzeit aber nicht formal geschlossen wurde. Die FDP ist (nicht nur) dort auf der Suche nach sich selbst, nachdem sie flächendeckend Mandate verloren hat.

Eine formale Kooperation gibt es auch in *Wermelskirchen* wieder. An der CDU als klar stärkste Fraktion ging kein Weg vorbei. Die CDU kooperiert im Dreierbündnis mit den Grünen und dem Bürgerforum.

Eines ist klar, ohne die CDU geht es fast nirgendwo. Auch in *Kürten* gibt es für die



Bunte Mehrheiten nach der Kommunalwahl im Kreis Foto: pixels.com

CDU verschiedene Optionen zur Kooperation, derzeit arbeitet man mit wechselnden Mehrheiten gut zusammen, nachdem im Rathaus wieder ein parteiloser Bürgermeister sitzt. Ebenfalls ohne formale Kooperation arbeitet die *Burscheider* CDU in einem Rat aus acht Fraktionen. Auch hier ist ein Bündnis gegen die CDU nur unter Beteiligung fast aller anderen möglich.

So richtig in Ordnung ist die Welt (wieder) für die *Odenthaler* Christdemokraten. Mit 17 von 32 Ratsmandaten gibt es dort die einzige absolute Mehrheit im Rheinisch-Bergischen Kreis. Ausgenutzt wird diese aber nicht. Man will mit den anderen Fraktionen zusammenarbeiten.

Einzig in *Leichlingen* hat die CDU als zweitstärkste Fraktion keine eigenen Mehrheitsoptionen. Alledings benötigt auch die SPD dort für die Mehrheit mindestens zwei Partner.

Die politischen Mehrheiten sind im Kreis „bunter“ geworden. Von unregierbaren Räten sind wir aber weit entfernt, auch wenn in verschiedene Räte auch weitere neue Gruppierungen gewählt wurden. (lh)

JU-Vorstand in Wermelskirchen neu gewählt



Foto: privat

Der Vorstand der JU Wermelskirchen hat sich neu aufgestellt. Auf der Jahreshauptversammlung wurde Philipp Ueberholz zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter ist Mahmut Egilmez. Gereon Stock wurde als Kassierer bestätigt, Tobias Brissing löst Ueberholz als Geschäftsführer ab. Als Beisitzer wurden Alessandro Prete sowie Miriam und Stefan Hackländer bestätigt. Dazu wurden mit Ilja Sinner, Ben Schmidt, Jonas Schmidt, Marc Schönherr und David Wittenburg neue Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Eines seiner Vorhaben: Der 22-jährige Student möchte die Junge Union weiblicher machen. „Leider haben wir nur eine Dame im Vorstand“, bedauerte Ueberholz. In seiner Bewerbungsrede erklärte er seine Ziele. „Als einzige aktive politische Jugendorganisation der Stadt müssen wir für jedes Kind und jeden Jugendlichen in Wermelskirchen das Sprachrohr sein und uns dafür einsetzen, dass die CDU sich auch weiterhin für die junge Generation einsetzt.“ (lh)

Drachenflugfest der JU Leichlingen



Besser konnten die Wetterbedingungen beim diesjährigen Drachenflugfest der Jungen Union in Leichlingen-Witzhelden kaum sein. Das fanden übrigens auch (v.l.n.r.) Europaabgeordneter Herbert Reul, CDU-Kreisparteichef Rainer Deppe MdL und der Leichlinger Kreistagsabgeordnete Maurice Winter und staunten über die vielen bunten Drachen vor traumhafter Wolkenkulisse. (lh)

Fotos: Ganzer-Hensel (2), Deppe (Mitte)

Termine 2014/2015

November

- 09.11.2014** CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Sonntag
11:00 Uhr
25 Jahre friedliche Revolution in der DDR mit Heidrun Breuer
Penthouse im Bergischen Löwen
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
CDU-Center, 02202 936950, kgs@cdu.rbk.de
- 15.11.2014** CDU-OV Wermelskirchen
Samstag
18:30 Uhr
Martinsgansessen
Hotel-Restaurant Schwanen, Schwanen 1
Kosten pro Person: 28,50 € inkl. Wein und Wasser
Klaus und Dagmar Seeger, 02196 4938
- 17.11.2014** Senioren-Union Rösrath
Montag
15:00 Uhr
Mobilitätssicherung für Senioren in Rösrath mit RVK-Geschäftsführer Eugen Puderbach
Wöllner-Stift, Bahnhofstr. 26, Rösrath
Hans-Reinhold Drümmen, 02205 911392
- 19.11.2014** Senioren-Union Leichlingen
Mittwoch
10:00 Uhr
Veranstaltung „Das Britische Parlament - das System England“ mit Frau Fowler-Kloke
CDU-Bürgertreff, Bahnhofstr. 17
Dr. Jürgen Thies, 02175 1032
- 19.11.2014** Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwoch
15:00 Uhr
Mittwochtreff „Der Kooperationsvertrag mit der SPD“ mit Fraktionsgeschäftsführer Lennart Höring
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 0151 20773572
- 20.11.2014** Senioren-Union Odenthal
Donnerstag
15:00 Uhr
Versammlung
Haus der Begegnung
Helga Happel, 02202 79708
- 21.11.2014** CDU Burscheid
Freitag
19:00 Uhr
Mitgliederversammlung mit Ehrungen
Rathaus Burscheid, Sitzungssaal
CDU Büro, 02174 5545
- 25.11.2014** CDU-OV Bensberg/Moitzfeld
Dienstag
19:00 Uhr
Riegel vor - Infoveranstaltung zur Einbruchskriminalität/Kriminalstatistik
Gasthaus Lindenhof, Moitzfeld 70, Bergisch Gladbach
Lutz Schade, 02204 7483600, lutz.schade@cdu.gl
- 28.11.2014** Frauen Union Burscheid
Freitag
13:00 Uhr
Fahrt zum Bonner Weihnachtsmarkt und Besichtigung des Bonner Münster
Treffpunkt Busbahnhof Burscheid, Kosten: 20,00 € p.P.
Ute Wengenroth, 02174 8462

Dezember

- 03.12.2014** Frauen Union Odenthal
Mittwoch
19:00 Uhr
Mitgliederversammlung
Haus der Begegnung
Maria Schleenstein, 02174 4459
- 05-07.12.2014** CDU Wermelskirchen
und
12-14.12.2014
„Bergische Weihnachten“ / Weihnachtsmarkt-Stand
Markt 1
Christian Klicki, 0177 6274756



- 05.12.2014** Senioren-Union Rösrath
Freitag
15:00 Uhr
Das politische Gespräch XXIX
Forsbacher Mühle, Mühlenweg 43, Rösrath
Hans-Reinhold Drümmen, 02205 911392
- 05.12.2014** Junge Union Bergisch Gladbach
Freitag
18:30 Uhr
Stammtisch auf dem Weihnachtsmarkt
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
Martin Lucke, 0157 82402738, post@ju-gl.de
- 07.12.2014** Junge Union Bergisch Gladbach
Sonntag
14:00 Uhr
Weihnachtsfeier mit Eisstockschießen
Eisfestival Leverkusen
Martin Lucke, 0157 82402738, post@ju-gl.de
- 09./10.12.2014** CDU Deutschlands
Dienstag/
Mittwoch
27. Bundesparteitag
Koelnmesse, Köln
- 09.12.2014** Senioren-Union Kürten
Dienstag
Jahreshauptversammlung mit Weihnachtsfeier
Haus Weidmannsheil, Kürten-Miebach
Heinz-Georg Clausen, 02268 909300
- 11.12.2014** Senioren-Union Overath
Donnerstag
146. Frühschoppen zum Thema „Generationenvertrag - Hält er oder hält er nicht?“
Bürgerhaus Overath
Rudolf Preuß, 02206 2953
- 17.12.2014** Senioren-Union Leichlingen
Mittwoch
15:00 Uhr
Weihnachtsfeier mit Jahresrückblick
Gasthaus 12 Uhren
Dr. Jürgen Thies, 02175 1032
- 30.12.2014** Senioren-Union Rösrath
Dienstag
Nachmittag
Halbtagesfahrt - Krippen im Bergischen Land
Halfenhof und weitere Haltestellen
Hans-Reinhold Drümmen, 02205 911392

Januar 2015

- 11.01.2015** CDU Rösrath
Sonntag
12:00 Uhr
Neujahrsempfang mit CDU-Generalsekretär Peter Tauber MdB
Bürgerforum Hoffnungsthal
Uwe Pakendorf, 02205 896088
- 21.01.2015** Senioren-Union Rösrath
Mittwoch
15:00 Uhr
Jahreshauptversammlung
Wöllner-Stift, Bahnhofstr. 26, Rösrath
Hans-Reinhold Drümmen, 02205 911392
- 22.01.2015** CDU Bergisch Gladbach
Donnerstag
19:00 Uhr
Neujahrsempfang
Ort und Einladung folgen
CDU-Center, 02202 9396570, info@cdu.gl



Wohnen plus Service
für Senioren in Kürten-Bechen

Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis

Unsere Mitarbeitenden in den Diensten und Einrichtungen bieten professionelle Hilfen für die Menschen in der Region.

Wir beraten, pflegen, unterstützen und begleiten in den Bereichen
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,
Senioren- und Behindertenhilfe,
Hilfen in individuellen Notlagen,
Wohnen für Menschen im Alter.

Die Caritas ist Partner und Anwalt von Benachteiligten und Mitgestalter der Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Sprechen Sie uns an, wir sind für Sie da!

Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.

Laurentiusstraße 4-12 ~ 51465 Bergisch Gladbach

☎ 02202 1008-0 📠 1008-588 ✉ info@caritas-rheinberg.de



Caritas RheinBerg
Der Mensch zählt